

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 19. Februar 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 30 J.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Noch einmal das Ende des englischen Maschinenbauerkampfes. — Der Koalitionszwang in der Praxis. — Neue Fortschritte der Achtstundebewegung in England. — Feuilleton: Wie wir leben und wie wir leben könnten. — Wenderung des bayerischen Vereins- und Versammlungsrechtes. — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allg. Kr.- u. St.-R. d. Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1898. Korrespondenzen: Hannover. — Abrechnung des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern. — Gerichtszeitung. — Vermischtes.

Zur Beachtung.

Zwang ist fernzuhalten: von Formern nach **Gera**, Reuß i. L. (Maschinenbau-Vereinigung), nach **Flensburg** (Feyson & Sohn), nach **Wittenberg**, Bez. Halle (Anton Wegig), nach **Wolfsbittel** (Brandes) W., nach **Farchhamme**, von der Fahrradbranche nach **Schönbeck a. d. Elbe** (Foyer & Glahn) W.; von Schleifern nach **Pfeilsfeld** (Sattelfabrik Lehmann); von Schlossern n. Drehern nach **Leipzig-Plagwitz** (Dentler), nach **Worpsheim** (Maschinenfabrik Heilmann), nach **Heimertshausen** (von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach **Stettin** (Bernh. Stöwer u. S.), nach **Freiburg i. Baden** (Hettig & Co.); von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern u. nach **München** (Hofenstodt); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Breslau** (österreichische Nordwestgesellschaft vorm. Schlick [Schiffswerft]), nach **Stahlfurt** (Sauerbrey) W.; nach **Corgeloh** in Pommern St.; von Goldschlängern nach **Schwabach** (Philipp) D.; von Klempnern nach **Gablenz** bei Chemnitz (Niemann), nach **Höls a. Rh.** (Friedr. Müller & Co.) W.; von Schlossern nach **Bamberg** (Kunst- und Bauhölzerei A. Bösch).
Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung.)

Noch einmal das Ende des englischen Maschinenbauerkampfes.

„Geschlagen“ — jubelt die auf den Stumm'schen Ton gestimmte „Eisen-Zeitung“ und leistet sich dann eine Stylübung, auf die man die Worte anwenden kann, mit denen der frühere liberale Kriegsminister Campbell-Bannerman die Erklärung des deutschen Reserveleutnants Siemens, daß die Gewerksvereine vernichtet werden müßten, charakterisierte, nämlich daß sie ebenso schlecht wie dumm sei. Wie sich der englische Maschinenbauerkampf in dem Gehirn eines dem Kapital verschriebenen Presswerkzeuges ausnimmt, zeigen folgende Sätze. „Noch nie ist ein Streik frivoler unternommen worden“, schreibt Herr Kirchner in seiner „Eisen-Zeitung“, „wie hier“. Bekanntlich ist aber bei diesen Dienern des Kapitals jeder Streik ein „frivoler“ und wenn er sich auch gegen die Reduktion schlechtesten Arbeitslohne richtet. Dann heißt es weiter: „Die Maschinenbauer hatten im Laufe der Jahre große Kapitalien angesammelt und zwar weniger zu Streikzwecken, wie zur Kranken- und Invaliditätsunterstützung. Eines Tages entdeckten die gut besoldeten Agitatoren, daß man mit diesem schönen Gelde doch was Besseres anfangen könne; sie beschloßen mit Hilfe dieses Geldes die Welt aus ihren Angeln zu heben. Die „Forderungen“ haben wir wiederholt in ausführlicher Weise charakterisiert. Der sogenannte Achtstundentag bei Bezahlung für neun Stunden war dabei das Allerwenigste. Es handelte sich vielmehr um eine völlige Enteignung der Produktionsmittel mit dem ebenso einfachen, wie modernen Mittel des Streiks. Die Fabrikanten wehrten sich natürlich und beantworteten den Streik mit Aussperrungen, darauf folgten neue Streiks, neue Aussperrungen u. s. f. bis ein gewisses Gleichgewicht hergestellt war.“

„Den englischen Fabrikanten hat der Streik enorme Opfer auferlegt, und es wird sich jetzt nur noch darum handeln, wie die Kriegskosten beigegeben werden sollen. Im Kriege ist es nun mal so Brauch von Alters her, daß der unterliegende Theil auch die

Kosten bezahlt. Daß ein Theil der Arbeiter sich nach dieser Niederlage erheblich schlechter stehen wird, wie vorher, ist außer Frage und man kann nur auf's Tiefste beklagen, wie schlecht die Arbeiter durch ihre besoldeten sog. „Führer“ berathen sind.“

Also die bodenlos schlechten Agitatoren waren wieder einmal Schuld an dem Konflikte, sie waren wieder einmal die „Verführer“ der natürlich dummen und willenlosen Arbeiter. Die kapitalistischen Presshändler, die durch die Bank immer die gleichen albernen und verlogenen Phrasen ableiern, ahnen gar nicht, wie schwer sie mit solchen falschen Darstellungen der Dinge die Arbeiterschaft beleidigen. Die organisierte und intelligenteste Arbeiterschaft, welche sich aus den beruflich tüchtigsten und leistungsfähigsten Elementen zusammensetzt, ist kein Haufen dummer Kerle, der sich von den eigenen besoldeten Beamten zu Schleichthug und Dummheiten und schweren Selbstschädigungen verleiten lassen würde, wie denn auch die Führer weder so dumm noch so schlecht sind wie ihre Verleumder. In der Arbeiterbewegung herrscht überall das Prinzip und der Geist der Demokratie, Stumm'scher Despotismus findet hier keinen Boden; in der Arbeiterbewegung herrscht innerhalb der von Gesetz und Behörden gezogenen Schranken freies Selbstbestimmungsrecht und Führer mit Stumm'schen Allüren würden ihre Rolle rasch ausgespielt haben. So ist es in Deutschland, so ist es in England und in der Arbeiterbewegung aller Länder. Die das gerade Gegentheil von den wirklichen Thatsachen besagenden falschen Darstellungen der Kapitalisten und ihrer Handlanger sind nur das Spiegelbild ihrer eigenen Denk- und Gefühlweise, das Spiegelbild der Dinge, wie sie bei ihnen, in ihrem eigenen kapitalistischen Lager gestaltet sind. Was sie daher den Arbeiterführern und der Arbeiterbewegung an Schleichthug und Dummheit fälschlicher Weise unterstellen, das ist nur bei ihnen selbst Wirklichkeit.

Die in Gänjesbüchchen angeführten Sätze aus der „Eisen-Zeitung“ bedürfen keiner weitläufigen Kritik. Unsere Kollegen kennen den großen Kampf der englischen Maschinenbauer seinem Ursprunge wie seinem Verlaufe und Ende nach und wissen daher, daß es eine ebenso schlechte wie dumme Fälschung der Thatsachen ist, wenn gesagt wird, daß es sich nicht in der Hauptsache um den Achtstundentag handelte, sondern „um eine völlige Enteignung der Produktionsmittel mit dem ebenso einfachen, wie modernen Mittel des Streiks“. Der fromme und wahrhaft christliche Wunsch, daß die Verluste der Maschinenindustriellen den Arbeitern werden auferlegt werden, natürlich in Gestalt von Lohnreduktionen, verräth zwar die rachs- und habgierige Natur deutscher Kapitalisten, aber nicht die mindeste Kenntniß englischer Verhältnisse. Die Maschinenbauer haben am 31. Januar die Arbeit zu den gleichen Bedingungen wieder aufgenommen, wie sie bei Niederlegung der Arbeit bestanden. Deutsche Kapitalisten hätten sich selbstverständlich die durch die Niederlage der Arbeiter gegebene günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, durch massenhafte Maßregelungen und Proskription der „Häbelsführer“ ihren Rachedurst zu stillen und endlich durch Reduktion der Arbeitslohne und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse für sich selbst neue Vortheile und für die Arbeiter neue Nachteile zu schaffen.

In Deutschland würde es unter den Umständen, wie sie bei Beendigung des englischen Maschinenbauerkampfes vorhanden waren, auch zu keinem formellen und materiellen Friedensschlusse gekommen sein, sondern die Unternehmer hätten einfach diktiert und kommandirt und die Arbeiter konnten nur gehorchen. Daß in Deutschland gar wie jetzt in England die Unternehmer nach ihrem Siege dennoch die Organi-

sation der Arbeiter und ihre Grundrechte voll anerkennen und Niemanden maßregeln, daß der Führer der Unternehmer, Oberst Dyer, an der Schlußkonferenz den Arbeitervertretern die Hoffnung ausdrückte, nach wie vor gute Freunde zu bleiben — daß so etwas bei uns vorkäme, daran ist nicht im Traume zu denken. So etwas ist nur in „perfiden Ländern“, wie England möglich, nicht aber in einem frommen und gottesfürchtigen Lande der Sozialreform wie Deutschland.

Es sind noch mehrere derartige englische „Perfidien“ aus dem Maschinenbauerkampfe zu verzeichnen. So stand der größte Theil der öffentlichen Meinung mit ihren Sympathien auf Seite der Arbeiter. Große und einflussreiche bürgerliche Zeitungen vertraten die Sache der Arbeiter, Geistliche und Unternehmer, große Kapitalisten unterstützten sie mit erheblichen Beträgen. Die Königin von England blieb neutral wie ihr Sohn, der Kronprinz und die Regierung; von letzterer bemühte sich der Handelsminister um lokale Beilegung des Streites unter völliger gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter und der Unternehmer. Kein Posadowsky fiel den kämpfenden Arbeitern mit der Vernichtung des Koalitionsrechtes in den Rücken, damit die Unternehmer leichter fertig werden konnten. Keine Polizei, kein Staatsanwalt, kein Richter ergriff Partei und mißbrauchte die amtliche Gewalt zu Gunsten der einen und zu Ungunsten der anderen Partei. Der Siemens-Stumm fand mit seinen Plänen zur Vernichtung der Gewerksvereine in den eigenen Reihen Entrüstung und Widerstand. Die Unternehmer behandelten die Arbeiter auch während des Kampfes anständig, so daß diese ebenfalls eine ruhige und anständige Sprache führen konnten. Da keine Polizei oder andere Behörde provozierte, so kam es auch seitens der Arbeiter zu keinen Ausschreitungen, zu keinen Verhaftungen, keinen Verurtheilungen und keinen Einsperrungen und dies während eines siebenmonatlichen Kampfes mit 80,000 beteiligten Arbeitern. Was würde da in Deutschland geschehen! Da könnten jeden Tag Schlachttbulletins ausgegeben werden, da würde der Belagerungszustand mit dem Standrecht proklamirt und ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse erlassen werden.

Wir sagten in Nr. 6 an leitender Stelle, daß die Maschinenindustriellen für ihren siebenmonatlichen Widerstand keine Vorgänger hatten, was jedoch nicht ganz richtig ist. Die Erringung des Zehnstundentages für die Maschinenindustrie kostete im Jahre 1836 ebenfalls einen siebenmonatlichen und der Neunstundentag 1871 sogar einen achtmonatlichen Kampf, allein in beiden Fällen siegten die Arbeiter. Warum unterlagen sie nun im Achtstundentage?

Bei Beginn des Kampfes waren die Umstände für die Arbeiter günstig. Genosse Bernstein, der Londoner Korrespondent des Berliner „Vorwärts“, schrieb demselben damals, daß der Hochsommer und Herbst für die Arbeiter die günstigste Kampfzeit ist. Die verheiratheten Arbeiter bearbeiten ihre Gärten und Felder, deren Erträge manche Ausgaben entbehrlich machen. Die meisten sind Mitglieder von Konsumvereinen, die ihnen im Nothfalle kreditiren. Andere haben Ersparnisse, so daß es mit dem Aus Hungern keine guten Wege hat. Was die versicherungstechnische Insolvolenz (Zahlungsunfähigkeit) des Gewerksvereins selbst anbetrifft, so beruht diese auf der Voraussetzung, daß der Verein eine gewöhnliche Versicherungsgesellschaft mit stehenden Beiträgen und Kapitaldeckung ist. Als solche wäre er in der That insolvent. Thatsächlich ist er, als Versicherung betrachtet, ein Gegenseitigkeitsverein, der das Umlageverfahren übt, sobald es ihm geboten erscheint. „Mit einem Wort“, schrieb Bernstein weiter, „die Situation ist nicht so rosig, wie sie ursprünglich von einigen

Vertretern der Gewerkschaft hingestellt wurde, sie ist aber auch bei Weitem nicht so schwarz, wie die Unternehmerpresse sie schildert. Eine gute Weile können die Gewerkschaft und ihre Mitglieder den Kampf noch ohne ernsthafteste Befürchtung für ihre Klassen mit ansehen. Je mehr er sich ausdehnt, um so größer natürlich die Anspannung der Kräfte, aber gleichzeitig drängt die Entwicklung des Kampffeldes auch zur schnelleren Lösung." Diese Annahme hat sich erst in der letzten Zeit bewahrheitet und die Lösung fiel zum Nachtheil der Arbeiter aus.

Ueber die Stellung der Unternehmer zum Achtstundentag sagte Bernstein in der gleichen Korrespondenz, daß sie vorrechneten, wie bei der entwickelteren Maschinerie, mit der heute gearbeitet wird u. d. bei der unendlich gesteigerten Konkurrenz die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden erheblich mehr zu bedeuten hätte, wie vor 26 Jahren die Herabsetzung von 10 auf 9 resp. von 59 auf 54 Stunden die Woche vor 61 Jahren. Schon ein einfaches Exempel zeige, daß die heute verlangte Reduktion im Verhältnis größer sei als die von 1871. Den von den Arbeitern angeführten Erfolgen, die in verschiedenen großen Werkstätten mit dem Achtstundentag gemacht worden sind, halten die Unternehmer die Beispiele anderer Firmen entgegen, die den Achtstundentag versucht, aber wieder aufgegeben hätten, weil die versprochenen Erfolge ausgeblieben seien. Es liegt auf der Hand, daß, je schwerer es sich erweist, den Achtstundentag durch das Mittel des Gewerkschaftskampfes zu erringen, umso mehr die Stimmung für die Inanspruchnahme der Gesetzgebung Boden faßt.

Nach unserer Meinung hatten die englischen Maschinenindustriellen gegen den Achtstundentag auch darin ein sehr wirkungsvolles und durchschlagendes Argument, daß ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkte, insbesondere die deutschen, meist noch weit vom Neunstundentag entfernt sind und zum großen Theile den Elfstundentag, ja noch längere Arbeitszeit haben. Ob bei der hohen technischen Entwicklung, der hohen Leistungsfähigkeit und des guten Rufes der englischen Maschinenindustrie ihre Konkurrenzfähigkeit durch die längere Arbeitszeit z. B. der deutschen Konkurrenten beeinträchtigt wird und ob diese Differenz der Arbeitszeit dazu berechtigt, daraus ein Argument gegen den Achtstundentag zu machen, möchten wir bestreiten; aber zugegeben werden muß auch unsererseits, daß die längere Arbeitszeit der fremden Konkurrenten den englischen Maschinenindustriellen einen ebenso bequemen wie wirksamen Grund gegen den von den Arbeitern geforderten Achtstundentag bot. Darans erhellt aber so recht deutlich der internationale Charakter der Frage der Arbeitszeitverkürzung, insbesondere des Achtstundentages und daraus folgt weiter die Nothwendigkeit für die Arbeiter aller Industrieländer, also insbesondere auch Deutschlands, alle Zeit und energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken. Heute können die geschlagenen englischen Maschinenbauer erklären, daß sie ihre Niederlage der langen Arbeitszeit zu verdanken haben, welche sich noch immer die Arbeiter des Kontinents gefallen lassen.

Nach den kritischen Betrachtungen, welche Bernstein über den Ausgang des Maschinenbauerkampfes im „Vorwärts“ anstellt, haben aber die Fabrikanten

den Achtstundentag nicht allein aus Rücksicht auf die längere Arbeitszeit der Konkurrenten abgelehnt, sondern auch wegen der weiteren Forderung der Arbeiter, daß für alle Maschinenarbeit, welche qualifizierte Arbeit verdrängt und ersetzt, die für die qualifizierte Arbeit festgesetzten Löhne gezahlt werden sollen. Die Fabrikanten erklärten, die Bewilligung dieser Forderung, noch dazu in Verbindung mit dem Achtstundentag, würde sie ganz außer Stand setzen, sich der Weltmarktkonkurrenz gegenüber zu halten, denn sie würde ein absolutes Hemmnis einer rationellen Betriebsführung sein und verhindern, die Fabrikeinrichtungen auf der Höhe der Zeit zu halten. Wenn diese Behauptungen zutreffen, sagt Bernstein, so ist es klar, daß nicht die Allmacht des Kapitals oder die Bosheit der Fabrikanten, sondern die objektiven Gesetze des Marktes die Arbeiter besiegt haben, Gesetze, die stärker sind, als der individuelle Wille der einzelnen Fabrikanten oder der Kollektivwille der Fabrikanten eines einzelnen Landes. „Man kann das aussprechen, ohne damit die Bedeutung der Gewerkschaften zu leugnen. Die Gewerkschaften können die Gesetze des Marktes nicht willkürlich durchbrechen, sie können aber innerhalb derselben sehr vieles zu Gunsten der Arbeiter durchsetzen und selbst den Druck dieser Gesetze allmählich mäßigen, denn wie überall im Wirtschaftsleben herrscht auch in diesem Punkt eine gewisse Elastizität der zusammenwirkenden Faktoren. Aber in jedem gegebenen Moment gibt es eine Grenze, über welche hinaus eine Spannung nicht möglich ist.“

Nach Bernstein ist nun von den Arbeitern selber zugegeben worden, daß in dieser Frage von ihnen Fehler gemacht worden seien, während sie im Uebrigen bestreiten, eine der Maschinerie grundsätzlich entgegenwirkende Politik betrieben zu haben. Bekanntlich ist in Deutschland noch nie eine solche Forderung, wie die besprochene der englischen Maschinenbauer, an die Fabrikanten gestellt worden. Daß unsere englischen Kollegen sie stellten, hängt vielleicht mit ihrer bekannten konservativen Gesinnung, die von den deutschen Unternehmern und Politikern nicht genug gepriesen werden kann, zusammen und die eben auch, wie der beendigte Kampf zeigt, für die Unternehmer sehr unangenehm werden kann. Der berechtigte Kern der Forderung besteht darin, daß die Arbeiter die erlangene Stufe ihrer Lebenshaltung aufrecht erhalten wollen gegenüber den Tendenzen auf deren Herabdrückung; dieser berechtigte Kern wird aber eben, nachdem jene Forderung sich als undurchführbar erwiesen hat, in einer anderen Form Ausdruck finden müssen.

Endlich erblickt Bernstein in dieser, die Fabrikanten geradezu beängstigenden Forderung auch den hauptsächlichsten Grund für ihren Massenanschluß an den Fabrikantenbund, der jetzt über 700 Mitglieder zählt gegen 180 im Juli 1897.

Für den zähen Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter führt die „Sächs. Arb.-Zeitg.“ auch die im vorigen Sommer geglückten hohen Eisen- und Kohlenpreise an, die durch den Betriebsstillstand resp. die Betriebseinschränkung und die dadurch bewirkte Verminderung der Nachfrage herabgedrückt werden sollten. Diese Spekulation der Unternehmer dürfte sich als verfehlt erweisen.

römischen Sklavenbesitzer; sie wissen, daß Armuth vorhanden, aber sie tritt ihnen nicht in drastischer Weise vor Augen; sie selber haben im gewissen Sinne Mühsale zu ertragen; ihre Mühsale aber mit denen der auf unterer Stufe stehenden Menschen zu vergleichen, fehlt ihnen gewöhnlich der Maßstab. Und gelangen sie dazu, den Vergleich anzustellen, so beruhigen sie sich mit dem Gedanken: das Volk hat sich doch schon daran gewöhnt, diesen Zustand zu ertragen.

Das ist freilich, soweit es uns als Individuen betrifft, insoweit wahr, als der gegenwärtige Zustand der Dinge seine Stütze in zwei Klassen findet: erstens in den komfortabel-unbewußten Unterdrückten, welche denken, daß sie von einer Aenderung, die mehr als die sanftesten und sanftesten Reformen umfaßt, Alles zu befürchten haben; und zweitens in jenen armen Leuten, welche so mählig leiden, daß sie eine Hoffnung auf eine Aenderung zum Glück fassen können; diese Leute wagen es nicht, ein Tüpfelchen ihres armseligen Besitzes zu riskieren durch eine Aktion für mögliche Besserung ihrer Lage.

Indem wir also mit den Reichen wenig anfangen können, ist es viel schwerer, den Armen Hoffnung einzuspielen.

Ich habe also nun zu zeigen, inwiefern unsere jetzigen Verhältnisse, ein anständiges Leben zu führen, fehlschlagen.

Ich muß den Reichen und Wohlhabenden fragen, welche Position es ist, die er so ängstlich um jeden

Wenn die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ als einen Grund der Niederlage der Arbeiter die hohen Unterstützungspflichten des Gewerkschafts gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Mitglieder anführt, so ist dies nicht zutreffend einmal, weil nur etwas über Ein Drittel der Mitglieder in den Kampf verwickelt war und sodann durch die wöchentlichen Extrabeiträge der fortarbeitenden Mitglieder von 2 resp. 4 M., wodurch so viel aufgebracht wurde, daß zu den 15 M. wöchentlichem Unterstutzung nur 10 M. aus der Kasse für jeden Ausständigen genommen werden mußten. Diese hohen Extrabeiträge hätten aber die Mitglieder nicht leisten können, wenn nicht durch die gute Organisation, die wiederum nur so gut ist in Folge der Unterstützungseinrichtungen, die hohen Löhne von 36 bis 40 M. und mehr pro Woche errungen worden wären. Der Gewerkschaft hatte denn auch bei Beendigung des Kampfes durchaus keine leeren Kassen, sondern konnte ruhig die arbeitslosen Mitglieder weiter unterstützen.

Ohne die Unterstützungseinrichtungen würde die Niederlage der englischen Arbeiter, nicht bloß der Maschinenbauer, nachdem der Kampf sieben Monate gedauert und 15 Millionen Mark gekostet hatte, den Zusammenbruch der Gewerkschaften zur Folge gehabt haben, einen allgemeinen Abfall, eine allgemeine Flucht der Mitglieder und statt eines ordentlichen und regelrechten Friedensschlusses würde der Kampf verjumpt sein, ähnlich wie der Hamburger Hafenarbeiterstreik. So aber stehen alle beteiligten Gewerkschaften nach wie vor aufrecht, die Unternehmer haben ihre Macht auf's Neue kennen gelernt und ihr Respekt vor denselben ist trotz der Niederlage der Arbeiter gewiß nicht erschüttert worden; dafür spricht auch die beim Friedensschlusse ausgesprochene Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Grundrechte.

Ganz richtig ist die Bemerkung der „Sächs. Arb.-Zeitg.“, worüber sich merkwürdiger Weise mehrere Gewerkschaftsblätter aufgehalten haben, daß der Maschinenbauerkampf die relative Bedeutung der Gewerkschaften gezeigt hat. An eine absolute Bedeutung derselben haben wir an unserem Orte nie geglaubt, davor hat uns stets die Kenntnis der ökonomischen Lehren Karl Marx's bewahrt. Die nationalen und internationalen Konkurrenzverhältnisse und innerhalb derselben die bestimmte Rendite des Kapitals werden für unsere Kämpfe stets die unübersteiglichen Hindernisse sein, so lange die heutige Wirtschaftsordnung besteht. Aber innerhalb dieser Schranken haben wir so viel Bewegungsräume, ist so viel Möglichkeit für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter vorhanden, daß wir noch lange, lange nicht an die Schranken stoßen werden.

Die praktische Anwendung der Lehren des Maschinenbauerkampfes lauten für uns: unablässige weitere Ausdehnung und Stärkung, sowie innerer Ausbau der Organisation, klare Erkennung unseres Kampffeldes, sowie seiner Grenzen und Fortführung der Arbeiterschutzesetzgebung.

Preis zu erhalten sucht, und ob es wirklich ein so schrecklicher Verlust wäre, sie aufzugeben. Und ich muß dem Armen bedeuten, daß er — mit Fähigkeiten, ein würdigeres Leben zu führen — sich in einer Position befindet, die er ohne fortgesetzte Erniedrigung nicht länger ertragen kann.

Wie leben wir denn eigentlich unter unserem heutigen System? Ueberschauen wir es einmal ein wenig!

Zunächst werden wir da gewahr, daß unser gegenwärtiges Gesellschaftssystem auf einem permanenten Kriegszustande beruht. Glaubt Einer von Euch, daß dies durchaus so sein muß? Man hat Euch freilich oft genug gesagt, die Konkurrenz, welche zur Zeit die Regel aller Produktion, sei eine gute Sache und fördere den Fortschritt der Klasse; aber die Euch das sagen, sollten lieber ehrlich die Konkurrenz bei ihrem wahren Namen Krieg nennen, und dann könnt Ihr es überlegen, ob Krieg den Fortschritt mehr fördert, als ein wilder Stier, der Euch über Euren eigenen Garten jagt. Krieg oder Konkurrenz — wie Ihr es nennen möget — bedeutet im besten Falle: Eurem eigenen Vortheile nachjagen zum Schaden eines Anderen; und im Verlauf der Konkurrenz oder des Krieges dürft Ihr erforderlichenfalls Nichts schonen, müßt Ihr sogar eventuell Euren eigenen Besitz zerstören; sonst fahret Ihr um so schlimmer im Kampfe. Daß dies im Kriege — wo es heißt tödten und getödtet werden — so geschieht, wißt Ihr; Schiffe gehen mit dem Befehle aus: „in den Grund zu bohren, zu verbrennen und zu

Wie wir leben und wie wir leben könnten.

Von William Morris.

Das Wort Revolution, das wir Sozialisten so oft gebrauchen müssen, hat für das Ohr der meisten Leute einen schrecklichen Klang — selbst wenn wir ihnen erklären, daß es nicht notwendig eine von Anarchie und aller Art von Gewalt begleitete Aenderung bedeutet. Selbst wenn wir ihnen erklären, daß wir unter dem Worte Revolution eine Aenderung der Grundlage der Gesellschaft verstehen, sprechen die Leute vor der Idee einer so ungeheuren Aenderung zurück und bitten, von „Reform“ und nicht von Revolution zu sprechen.

Da wir Sozialisten aber mit dem Worte Revolution durchaus nicht das bezeichnen wollen, was jene unter Reform verstehen, wäre es ein Fehler, wenn wir „Reform“ sagten. Wir bleiben bei dem Ausdruck „Revolution“.

Man es auch gewisse Leute erschrecken — wenigstens wird es sie warnen, daß etwas, worüber man erschrecken kann, existiert und durch Ignoranz nicht gefahrlos wird. Und auch auf der anderen Seite mag es Leute ermahnen, für welche das Wort nicht Furcht, sondern Hoffnung in sich birgt.

Nicht Rache wollen wir für unser Volk, sondern Glückseligkeit.

Es sind viele der Unterdrückten der Armen sich dessen nicht bewußt, daß sie Unterdrückte sind; sie leben in ruhiger, ordentlicher Weise, ganz verschieden von dem

Der Koalitionszwang in der Praxis.

Mit dem Geheimverlaß des Grafen Posadowsky ist wiederum eine Fluthwelle von Kraftausdrücken über Bergewaltung der Arbeitswilligen, über Terrorismus der Streikenden, über Tyrannie ihrer Führer ausgelöst worden. Wenn man den Geheimverlaß oder gar die daran geknüpften Ergüsse in der Stumm'schen Presse liest, so sollte man wirklich glauben, daß die Arbeiter, die in Deutschland einen Streik inszenieren, lauter Gewaltthelden seien. Hält man aber eine Verschärfung der Gesetzgebung für notwendig, so sollte man, statt in „tendenzübiger Weise“ Material zu sammeln, sich zunächst doch einmal über die Hauptfrage klar werden; ob es denn wahr ist, daß es bei den Streiks in Deutschland so gewaltthätig zugeht. Nun hat zwar das Reichsamt des Innern unter dem Grafen Posadowsky so wenig wie unter seinen Vorgängern für eine brauchbare Streikstatistik irgend etwas geleistet. Allein es gibt doch gewisse Anhaltspunkte, die uns zu einem Urtheil darüber verhelfen.

Seit einigen Jahren zählt die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in Hamburg die bei ihr angemeldeten Streiks. Andererseits stellt die Kriminalstatistik des statistischen Reichsamts die Zahl der Personen zusammen, die auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung wegen Ausschreitungen bei Ausübung des Koalitionsrechtes bestraft worden sind. Daraus ergibt sich folgende Tabelle:

Jahr	Streiks	Betheiligte Personen	Bethheiligte Personen	Auf 1000 Betheiligte kommen Verurtheilte
1892	73	3 022	74	24,5
1893	116	9 356	38	4,1
1894	131	7 328	47	6,4
1895	204	14 032	93	6,6
1896	483	128 808	252	2,0
Summa	1007	162 546	504	3,1

Es kamen also, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, auf 1000 Personen, die an Streiks betheiligt waren, 1892 24,5 Verurtheilte, 1896 nur 2. Nun wollen wir zwar auf die Abnahme kein Gewicht legen, denn sie kann leicht davon herrühren, daß bei der fortschreitenden Organisation der Gewerkschaften von Jahr zu Jahr ein größerer Theil der stattfindenden Streiks zur Anmeldung gelangt. Allein ein desto größeres Gewicht legen wir darauf, daß im Durchschnitt der 5 Jahre auf 1000 Personen, die nach diesen Meldungen an Streiks betheiligt waren, überhaupt nur 3,1 kamen, die zu einer Bestrafung Anlaß gaben. Das heißt: trotz allen Eifers der Staatsanwälte, trotz eines Spürsinnes der Polizei, wie er sich nur in wenig anderen Dingen entwickelt, trotz einer immer ausgedehnter werdenden Rechtsprechung der Gerichte in den Streikbezirken, haben fast alle Streikenden die Probe ihrer Gesetzmäßigkeit bestanden. Wenn trotz der weiten Fassung dieser Paragraphen und trotz der noch immer ausweitenden Rechtsprechung von 1000 Streikenden nur drei bestraft werden können und gegen 997 nichts vorzubringen ist, so heißt das mit anderen Worten: streikende Arbeiter sind nicht anders als andere Menschen, sie gehen im Großen und Ganzen gesetzmäßig vor, nur ab und zu, wie bei jeder großen Versäumnis. Im Handelskriege, den man Konkurrenz nennt, geht dieselbe Art der Verwüstung vor sich.

Betrachten wir nun diese Kriegsführung etwas näher, wenigstens einige Formen derselben, damit wir sehen, wie das „Sindengrundbohren, Verbrennen, Zerflören“ vor sich geht.

Zunächst finden wir die in Form der nationalen Rivalität, welche heutzutage die Ursachen aller Schießpulver- und Bajonettkriege zwischen den zivilisirten Nationen ist.

Eine verzweifelte „Konkurrenz“ um den Weltmarkt herrscht jetzt zwischen den großen Nationen und morgen kann diese Konkurrenz sich zu einem verzweifeltsten Kampfe zuspitzen. Heute ist die Konkurrenz wegen des Weltmarktes geglätteter Einbruchdiebstahl, morgen kann es völlige Niederlage sein.

Nun, ich denke, der Sozialismus kann Euch anstatt dieses Zustandes etwas Besseres bieten; Friede und Freundschaft an Stelle des Krieges. Alle Nationen könnten eine Vereinbarung über die Art und Qualität ihrer Produktion und deren Vertheilung treffen: der eine Artikel würde hier, der andere dort, jeder da produziert werden, wo er sich am Leichtesten und Billigsten herstellen läßt; so daß alle Nationen unnötige Verwüstung von Zeit und Stoff ersparen.

Uebrigens wir einmal die Konkurrenz zwischen den Nationen auf die Kapitalisten und sehen wir, wie die Konkurrenz unter ihnen „die Produktion fördert“.

Sa gewiß: die Konkurrenz fördert die Produktion,

Veranstaltung, kommt auch eine Verletzung von Gesetzen vor.

Nun ist aber in Wahrheit der Pro-Mille-Satz der bestraften Streikenden noch sehr viel geringer. Denn die 504 Straffälle kommen in Wahrheit nicht auf die 162 546 gewerkschaftlich gemeldeten Streikenden, sondern auf die Gesamtzahl der Streikenden überhaupt. Wie groß diese Gesamtzahl ist, wissen wir nicht. So fragmentarisch aber auch die amtliche Streikstatistik ist, so gibt sie doch einen gewissen Anhalt, um wenigstens mit Sicherheit festzustellen, daß die Zahl der Streiks größer ist, als die gewerkschaftlichen Meldungen. In Preußen ist längere Zeit hindurch eine geheime Streikstatistik durch die Regierungspräsidenten aufgenommen worden. Bruchstücke wurden durch Oldenburger, im Supplementband des Handwörterbuchs der Staatswissenschaft bekannt. Da diese Statistik nach Halbjahren, April-Oktober und Oktober-April aufgestellt ist, so kann man sie nicht ganz genau mit der Hamburger vergleichen, welche nach Kalenderjahren geht. Setzt man aber den Zeitraum 1892—1894 ungefähr gleich dem Zeitraum von Oktober 1891 bis Oktober 1894, so ergibt sich nach der Statistik der Regierungspräsidenten für Preußen die folgende Tabelle:

	Streiks	Betheiligte Personen
Oktober 1891 bis April 1892	99	7 787
April 1892 bis Oktober 1892	99	7 878
Oktober 1892 bis April 1893	116	55 881
April 1893 bis Oktober 1893	74	4 070
Oktober 1893 bis April 1894	58	2 835
April 1894 bis Oktober 1894	127	9 754
Summa	563	88 206

Rechnet man die Zahlen von Preußen auf das Reich nach dem Verhältniß von 3 zu 5 um, so würden sich für den dreijährigen Zeitraum für das Reich ergeben 938 Streiks mit 147 010 Betheiligten, während die Hamburger Statistik für diese Zeit nur anführt 320 Streiks und 19 706 Betheiligte. Die Zahl der Bestrafungen in jenen 3 Jahren betrug 74 + 38 + 48 = 159. Danach käme auf 1000 streikende Arbeiter nur etwa ein Straffälliger. Und so wenig wir geneigt sind, jenen Nothbehelf als eine gute Statistik gelten zu lassen, so viel geht doch schon aus der unvollkommenen Statistik hervor, daß der vielberufene Terrorismus in der Praxis der Streikbewegung eine ganz untergeordnete Rolle spielt.

Sollte eine Regierung sich nicht darüber freuen, daß die Arbeiterbewegungen so gesetzlich verlaufen, statt darauf bedacht zu sein, die Strafgesetze so zu erweitern, daß nur ja eine größere Anzahl von Straffällen erzielt wird?

Neue Fortschritte der Achtstundenbewegung in England.

Der Verfasser des rühmlich bekannten Buches über den Achtstundentag hat in Braun's Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik einen Aufsatz veröffentlicht, der von großem Interesse ist.

Als J. Rae seinen Aufsatz schrieb, war die große Schlacht um den Achtstundentag, die drüben gekämpft wurde, noch nicht entschieden. Daß aber eine verlorene

aber was für eine! Gewisse Waaren stehen in starker Nachfrage; 100 Firmen fabrizieren sie und jede einzelne von ihnen würde — wenn sie im Stande dazu wäre — den ganzen Markt beschlagnehmen; zumindest kämpft Jeder verzweifelt, so viel zu erobern, wie nur möglich. Das Resultat davon ist, daß zu viel geschieht; daß der Markt überfluthet und die ganze Fabrikationsrafferei zu kalter Nische wird.

Nun, Ihr werdet vielleicht einwenden: „Dadurch wird aber die Waare billiger!“

Das scheint nur so! Denn mit den Waarenzeichen fallen auch die Arbeitslöhne.

Auf wessen Kosten erhalten wir also die anscheinende Verbilligung der Gegenstände? Auf Kosten des Konsumenten, der durch schlechtere Waare betrogen wird, und des eigentlichen Produzenten, der am Hungertuche nagt; Beide werden von der Mittelsperson als Milchkuhe ausgebeutet.

Ihr seht also; wie wir jetzt leben, ist es notwendig, daß ein ungeheurer Theil der Arbeiterbevölkerung der Gefahr des Halbverhungerns ausgesetzt werde — nicht zum Vortheil des Volkes in einem anderen Theile der Welt, sondern nur zu unserer eigenen Entwürdigung und Verflabung.

Ueberlegt man einmal, welche ungeheure Verwüstung in diesem System inbegriffen ist: in der Gröfzung eines neuen Weltmarktes unter barbarischen oder wilden Völkern; es erhält uns in Schweiß und Schrecken um das bishen Lebensunterhalt; nimmt uns die Zeit,

Schlacht in den sozialen Kämpfen der Gegenwart noch lange keinen verlorenen Krieg bedeutet, dafür geben uns die Thatfachen, die uns Rae in seiner Arbeit vor Augen die tröstlichste Versicherung. In kurzem Abriß gibt uns der Verfasser eine Geschichte der Achtstundenbewegung in England im Laufe der letzten zehn Jahre. Er zeigt, wie sich nicht nur die Arbeiter in diesem Zeitraum auf den Gewerkschaftskongressen zum gesetzlichen Achtstundentag bekehrten, sondern auch in Parlamente zum Mindesten die theoretische Klarheit über diese Frage Fortschritte machte, wie die Regierung in staatlichen Werkstätten die achtstündige Arbeitszeit erfolgreich einführte, wie schließlich zahlreiche Privatunternehmer, halb freiwillig, halb gezwungen, die Forderung der Arbeiter erfüllten.

Wenn Rae als objektiver Forscher uns auch mit jenen Fällen bekannt macht, in denen diese Versuche die Produktionsfähigkeit einzelner Werkstätten schmälerte, so tritt doch im Allgemeinen das bekannte Resultat zutage: für den Unternehmer gleich hohe Produktion wie bei der bisherigen längeren Arbeitszeit, oder ein geringfügiger, der Zeitreduktion bei Weitem nicht entsprechender Rückgang, Ersparnisse an Beleuchtung, Abnutzungen zc.; für den Arbeiter gleichen oder um ein Geringes verminderten Lohn, erhöhte Gesundheit, Arbeitsfreude und Sittlichkeit. Unter den Gewerben, in denen sich der Achtstundentag in diesem Sinne erprobt hat, führt Rae folgende an: Bergleute, Maschinenbauer, Gasarbeiter, Weißblechschmiede, Kupferschmiede, Marmorarbeiter, Wollweber, Möbeltischler, chemische Fabriken, Seilspinner, Drucker, Buchbinder, Bäcker, Stahlwerke, Kürschner, Tabakfabriken, Puger, Kanalisationsarbeiter, Maurer, Niegel- und Schraubenmacher, Silberarbeiter, Holzschmitzer, Goldschrankarbeiter, Hochofenleute, Wandagisten, Müller, Töpfer, Schuster, Lederarbeiter, Konservenfabriken, Schriftgießer, Pferdebahn-Angestellte. Das sind also 32 der wichtigsten Gewerbe.

Ueber die Zahl der Arbeiter, die in Wirklichkeit den Achtstundentag errungen haben, erhalten wir keine so bündige Aufklärung. Nach der Statistik des Handelsamtes erhielten in den letzten fünf Jahren 77 327 Arbeiter den Achtstundentag. Zählt man die Arbeiter, die schon von früherer Zeit dieselbe Arbeitszeit haben, sowie die Arbeiter mit 48-Stundenwoche hinzu, so erhält man sicher eine stattliche, weit in die Hunderttausende reichende Zahl. Ueber das Experimentirstadium ist also der Achtstundentag in England lange hinaus, die Frage ist — für die wichtigsten Industrien zum Mindesten — theoretisch und praktisch geklärt. Auf der einen Seite eine bloß eingebilddete oder nur geringfügige Schmälung des Unternehmerprofits, auf der anderen Hebung der Gesundheit und der Lebenshaltung der breitesten Massen. Daß dieser Kampf in den schärfsten Formen des Klassentampfes gekämpft werden muß, das dürften die englischen Arbeiter aus den Ereignissen der letzten Zeit gelernt haben.

Änderung des bayerischen Vereins- und Versammlungsrechtes.

Von der k. bayer. Staatsregierung ist bei der Abgeordnetenversammlung ein im Staatsministerium des Innern ausgearbeiteter, acht Paragraphen umfassender Gesetzentwurf über

ein Buch zu lesen, ein Gemälde zu betrachten, einen Spaziergang zu machen, oder in der Sonne zu liegen, oder uns zu vergnügen, oder unser Wissen zu bereichern. Wir müssen dieses Sklavenleben ertragen, bis wir sterben, damit ein reicher Mann in Lugus leben kann; damit er ein inhaltsleeres ungesundes Leben führen kann, so daß er vielleicht im Ganzen gar nicht besser daran ist, als wir. Und schließlich haben die Waaren, deren Erzeugung unsere Lebensplage war, Niemanden gut gethan.

Alles dies die Folgen der Konkurrenz, des Krieges, nicht konkurrierender Nationen, sondern konkurrierender Firmen, Kapitalisten; und dieser Firmenkrieg verhindert den Frieden der Nationen, denn die Kapitalisten jedes Landes haben die politische Macht desselben in Händen und sie zwingen ihre Regierungen, zwei Funktionen zu vollziehen: 1. Dasein als Polizei den King zu bewachen, in welchem die Starken den Schwachen niederhauen; 2. nach außen als Piraten-Leibwache zu fungieren, die Thüren einstoßen, welche zum Weltmarkt führen.

So sehen wir den Krieg der Nationen gegeneinander, um den Weltmarkt, den Krieg der Firmen gegeneinander um einen Antheil an dem Markte der Nation; und nun kommt als Drittes hinzu der Konkurrenzkrieg der Arbeiter unter sich — um das bishen Lebensunterhalt. Diese ständige Konkurrenz ermöglicht den Profitgehütern ihre Plusmacherei und mittelst des so erworbenen Reichthums von der Exekutivgewalt des Landes Besitz zu ergreifen.

die Revision des Gesetzes vom 26. Februar 1850, die Versammlungen und Vereine betr., eingebracht worden, aus dessen Inhalt wir Folgendes hervorheben:

1) Volljährige Frauenpersonen sollen fortan an öffentlichen Versammlungen politischen Charakters Theil nehmen dürfen (unbeschadet dessen, was unter Ziffer 3 bemerkt ist). Dieser Neuerung liegt der Gedanke zu Grunde, daß sich die gesellschaftliche Stellung der Frau seit Erlassung des Vereinsgesetzes in vielen Beziehungen wesentlich geändert hat und daß die Verwendung der Frauen, welche nunmehr auch auf zivilrechtlichen Gebiete eine selbständigere Stellung einnehmen, nicht nur im Gewerbe, im Handel und der Industrie, sondern auch im übrigen öffentlichen Leben eine ausgedehntere und theilweise selbständige geworden ist. Auf der anderen Seite bestätigt hingegen der Entwurf die von dem ersten Kommentator des Vereinsgesetzes, Dr. Bögl, vertretene und von der Staatsregierung stets festgehaltene Auffassung, daß Minderjährige von öffentlichen Versammlungen politischen Charakters ausgeschlossen sind.

2) Die bisherige Vorschrift, daß zu den auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Städten und Ortschaften stattfindenden Versammlungen und Aufzügen die Zustimmung der beteiligten Gemeindeverwaltung erforderlich ist, hat sich da, wo die Zusammenberufung des Magistrats, Gemeindevorstandes, bezw. Gemeinderathes größeren Zeitaufwand erfordert, mitunter in eiligen Fällen als lästig erwiesen. Künftig soll es deshalb der Gemeindeverwaltung anheimstehen, den Bürgermeistern zur Ertheilung der Zustimmung zu ermächtigen, und zwar allgemein oder für bestimmte Fälle, jedoch stets nur widerruflich. Aus ähnlichen Erwägungen sollen die Bezirksverwaltungsbehörden ermächtigt sein, ihre Befugnisse hinsichtlich der öffentlichen Aufzüge den Ortspolizeibehörden zu übertragen, indem sie allgemein oder für bestimmte Orte, Vereine oder Fälle die Ertheilung der vorgeschriebenen Genehmigung durch den Bürgermeister widerruflich gestatten.

3) Während es bisher den Frauen allgemein verboten war, Mitglieder politischer Vereine zu werden und an den Versammlungen politischer Vereine Theil zu nehmen, soll nunmehr den volljährigen Frauenpersonen auf einigen Gebieten des öffentlichen Lebens die Theilnahme an politischen Vereinen zugelassen werden. Als diese Gebiete werden die besonderen Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise und die Zwecke der Erziehung, des Unterrichts, der Armen- und Krankenpflege bezeichnet — lauter Angelegenheiten, in welchen die Frauen vielfach besonders befähigt und berufen erscheinen, Hervorragendes zur Förderung des öffentlichen Wohles zu leisten. Durch die beabsichtigte Gesetzesänderung würde den volljährigen Frauen auf genannten Gebieten die Mitwirkung in Vereinen auch dann ermöglicht, wenn letztere zur Erreichung ihrer Zwecke auf die Gesetzgebung und die Staatsverwaltung einzuwirken versuchen.

4) Eine zweckmäßige Vereinfachung soll dadurch erzielt werden, daß außerordentliche Versammlungen politischer Vereine bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden sollen, anstatt wie bisher bei der Bezirksverwaltungsbehörde. Hiemit würde auch die wünschenswerthe Gleichmäßigkeit mit den Vorschriften über Anzeige öffentlicher Versammlungen herbeigeführt.

5) Im Gegensaße zu dem jetzigen Affiliations- (Verbindungs-)verbote soll es den politischen Vereinen nicht weiter verwehrt sein, mit Vereinen in Bayern oder in anderen deutschen Bundesstaaten in Verbindung zu treten, derart, daß entweder die einen den Beschlüssen und Organen der anderen unterworfen oder mehrere solche Vereine unter einem gemeinsamen Organe zu einem gegliederten Ganzen vereinigt werden. Selbst eine Vereinigung mit Vereinen, welche außerhalb des Deutschen Reiches ihren Sitz haben, soll ausnahmsweise vom Staatsministerium des Innern bewilligt werden können. Hiemit dürfte ein Hauptgrund hinweggeräumt werden, welcher bisher manchen Vereinen abgehalten haben mag, die Eigenschaft eines politischen Vereines anzunehmen.

6) Die §§ 6 und 7 betreffen die Milderung einer Strafbestimmung des Vereinsgesetzes. Wer ohne vorgängige polizeiliche Bewilligung auf öffentlichen Straßen oder Plätzen in Städten oder Ortschaften eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet, dazu einladet, dieselben ordnet oder leitet, soll nicht mehr wahlweise mit Gefängnis oder Geldstrafe, sondern mit letzterer allein bedroht werden, da solche Uebertretungen als Straftaten schwerer Art im Allgemeinen nicht wohl erachtet werden können. Als dann konnten diese Uebertretungen auch durch die Schwurgerichte anstatt wie bisher durch die Strafammern der Landgerichte abgeurtheilt, ja sogar durch schriftlichen Strafbefehl erledigt werden.

7) Die Bestimmung des bayerischen Vereinsgesetzes, wonach auf Wahlversammlungen nach erlassenen Wahlschreiben die Vorschriften der Art. 2-25 des Gesetzes keine Anwendung finden, soll ausdrücklich auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Reichstags betreffenden Wahlangelegenheiten ausgedehnt werden, um keinen Zweifel bestehen zu lassen, daß Reichstagswählerversammlungen vom Standpunkte der Versammlungspolizei den Landtagswählerversammlungen gleichzusetzen (d. h. bei der Beside nicht anzumelden) sind.

Diese Abwelle zum bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetz findet naturgemäß auch in der Presse eine lebhaftere Erwiderung. Alle nicht reaktionären Organe haben in den Vorlesungen der Regierung einen Fortschritt gegenüber den geltenden Bestimmungen, die ihr Dasein bekanntlich den Dunkelkammern verdanken, in im Jahre 1850 gemäßigtere Gesetze zu erblicken. Auch die unerbauende Arbeiterpresse ist im Allgemeinen der Ansicht, der Regierungsentwurf bedeute einen, wenn auch zaghaften Fortschritt und sei ein räthliches Beispiel im Gegensaße zu den nicht erfüllten Versprechungen der Reichsregierung.

Das mag ja zugegeben werden, wenn auch zu Abwägigen Jubel durchaus kein Anlaß vorliegt. Denn, abgesehen von der Aufhebung des Verbindungsverbotes bleibt das bayerische Vereinsgesetz nach der neuen Fassung immer noch schlechter wie das preussische und langt weit hinter dem württembergischen her. Die Theilnahme der Frauen am politischen Leben ist eingeschränkt durch unerbauende Bestimmungen, die sich in sich widersprechen und die zu allen

möglichen Chikanen eine bequeme Handhabe bieten. Der Ausschluß der Minderjährigen von politischen Versammlungen ist ebenfalls durchaus unzeitgemäß und bietet der Versammlungspolizei unter Umständen immer noch das Mittel, unliebsame Versammlungen zu stören. Wenn Prinzen schon mit 18 Jahren Mitglieder gesetzgebender Körperschaften werden dürfen, so muß auch den „gewöhnlichen“ Menschenkindern derselben Alters wenigstens gestattet werden, am politischen Leben durch Versammlungsbefuch Theil zu nehmen. Denn bis jetzt ist es durchaus nicht nachgewiesen, daß Prinzengehirne besser konstruirt sind wie die Gehirne der nichtprinzipalen Menschheit. Man hat im Gegentheil Exempel von Beispielen erlebt, die beweisen, daß die lange Inzucht und die oft wunderbare Bildung in Fürstlichen Familien in den Gehirnen dieser jungen Leute so schlimme Verwüsthungen angerichtet haben, daß ihr Verstand nicht einmal als normal betrachtet werden konnte.

Außerdem bleibt auch nach der ob. Neufassung des Gesetzes der berüchtigte Paragraph bestehen, der in Preußen für das zuletzt geplante Umsturzgesetz als Muster hingestellt wurde. Nämlich der Absatz 5 des Art. 19, der da lautet: „Jede Polizeistelle oder Behörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen!“

Nun kann ja zugegeben werden, daß von diesem Paragraphen nur sehr selten Gebrauch gemacht wurde, und daß auch seit dem Eintritt der Sozialdemokratie in den Landtag das sozialpolitische Verständnis der Regierung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung gewachsen ist; denn thatsächlich sind, mit unähnlicher Ausnahme der Nürnberger „freisinnigen“ Domäne, die polizeilichen Verfolgungen der Gewerkschaften seltener geworden.

Allein eine vernünftige, auch nur im bürgerlichen Sinne moderne Gesetzgebung hätte doch die Aufgabe, veraltete und der unliebsamsten Auslegung fähige Gesetzesstellen zu beseitigen, da ja die Regierungspraxis durch irgendwelche besondere Ereignisse oder persönliche Einflüsse sich bekanntlich sehr oft auffällig rasch ändert und dann auch mitunter den „ordnungsliebendsten“ und zahnsten bürgerlichen Bestrebungen gefährlich und unbequem werden kann.

In den Plenarverhandlungen wird ja noch Gelegenheit sein, gerade die hier bemängelten Punkte noch näher zu erörtern. Und so viel wir aus den Ausschußverhandlungen wissen, wäre die Regierung auch zu weiterem Entgegenkommen bereit gewesen. Aber die Vertreter der beiden „großen Parteien“ verhielten sich den sachlichen und in keiner Art zu weit gehenden Vorschlägen Bollmars gegenüber so stur und reaktionär, daß auch der Minister v. Feilitzsch, der Anfangs liberaler war wie die Herren „Liberalen“, wieder einen schleunigen Rückzug antrat.

Wenn also, und das dürfte für die breite bayerische Bevölkerung sehr interessant zu wissen sein, keine bessere Vereinsgesetzgebung zu Stande kommt, so trifft diesmal nicht die Regierung die Schuld dafür, sondern die beiden großen Parteien.

Um die Ueberebungen der Zentrumspreffe in dieser Angelegenheit noch zu kennzeichnen, sei vorerst kurz bemerkt, daß es nur der energischen Arbeit der Sozialdemokraten im Landtage zu verdanken ist, wenn wenigstens dieser kleine Fortschritt erzielt wurde.

Aus Oesterreich.

Wien, 11. Februar.

Die österreichischen Arbeiter rufen zu einer großen Aktion für die Errichtung von Gewerbegerichten — wir haben schon in unserem letzten Briefe über das neue Gewerbegerichtsgesetz, das am 1. Juli L. J. in Kraft tritt, berichtet — in allen größeren Städten Oesterreichs. Die Gewerkschaftskommission erläßt in dieser Sache folgenden Aufruf:

Am 1. Juli 1898 tritt das Gesetz betreffend die Einführung der neuen Gewerbegerichte in Kraft. Dieses Gesetz entspricht den Wünschen der Arbeiterchaft schon deshalb nicht, weil die Einführung der Gewerbegerichte nicht obligatorisch erfolgt, es vielmehr dem Belieben des Justizministeriums anheimgestellt ist, für bestimmte Orte und bestimmte Branchen das Gewerbegericht zu errichten.

Unsere Pflicht ist es daher, mit der entschiedensten und größten Energie dahin zu wirken, daß diese Gerichte nicht bloß errichtet werden, wenn es das Justizministerium für gut befindet, sondern daß die Gewerbegerichte dort errichtet werden, wo es notwendig und im Interesse der Arbeiter gelegen ist. Zu diesem Zwecke wird eine große und energische Agitation nöthig sein, welche schon das Gesetz selbst ermöglicht, indem in § 2 dieses Gesetzes ausgesprochen ist, daß es Vereinen und gewerblichen Korporationen frei steht, Anträge an das Justizministerium zur Errichtung von Gewerbegerichten zu stellen.

Die Agitation wird aber auch in der Richtung zu führen sein, daß die weitesten Massen der Arbeiter über die enorme Bedeutung der Gewerbegerichte aufgeklärt und dazu bestimmt werden, die Errichtung der Gewerbegerichte zu fordern. Es sind daher in sämtlichen größeren Orten, in welchen eine starke Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, große Versammlungen mit der Tagesordnung „Die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiterchaft“ abzuhalten.

Rathen für Wien, Brünn, Reichenberg und Bielitz im Sinne des Gesetzes des Gewerbegerichtes am 1. Juli 1898 bestimmt in Kraft tritt, sind daher schon jetzt alle Vorkehrungen für die bevorstehenden Wahlen zu treffen. Wenn möglich, sind schon jetzt Kandidaten für die Gewerbegerichtswahlen anzustellen und ist dafür Sorge zu tragen, daß diesen Kandidaten von Personen, welche das Gesetz und insbesondere die Gewerbeordnung genau kennen, Unterricht in der Gesetzeskunde erteilt wird. Ferner ist es notwendig, daß sowohl in Gehilfenversammlungen als in Vereinsversammlungen der Gewerkschaften der Beschluß gefaßt werde, es sei an das Justizministerium der Antrag auf Ausdehnung der Kompetenz des zu errichtenden Gewerbegerichtes auf sämtliche Branchen, welche in dem betreffenden Orte vorhanden sind, zu stellen.

Diese Aktion ist schon aus dem Grunde notwendig, weil die bisherige gewerbliche Rechtsprechung sehr im Argen

liegt und die Errichtung von Gewerbegerichten für die Arbeiter von weittragendem Interesse ist.

Seit der letzten Berichterstattung sind nun auch die Geschäftsberichte der Gewerkschaftskommissionen für Böhmen und Mähren erschienen und theilen wir dasjenige, was von allgemeinem Interesse ist, den Lesern mit. Im Laufe des Jahres 1897 entrichteten 12,394 Mitglieder ihre Beiträge im Betrage von 553 fl. Das Sekretariat der böhmischen Gewerkschaftskommission, die ihren Sitz in Prag hat, ertheilte in 663 Fällen schriftliche Auskünfte. Die Kommission war vertreten auf den Fachtagen der Bergleute, Bauarbeiter und Nahrungsmittelarbeiter. Öffentliche Versammlungen und Vorträge veranstaltete die Kommission 80. Ferner wurden drei Fachkonferenzen veranstaltet und fünf Konferenzen von der Kommission beschickt. Die Kommission intervenirte bei 14 Arbeitseinstellungen und unterstützte sie mit einem Betrage von fl. 892,17. Von den Arbeitseinstellungen entfallen auf die Metallarbeiter 3, Holzarbeiter 3, Textilarbeiter 3, Schuhmacher 1, keramische Branche 1, Weißgerber und Bergolber je 2.

Ursache des Streiks	Anzahl d. Streiks	Mit gültigen Entschlüssen	Mit unglückl. Entschlüssen	Lohn der Streikenden	Streik in Tagen
Schlechte Behandlung	2	1	1	435	95
Entlassung der Vertrauensmänner	1	1	—	51	14
Berlängerung der Arbeitszeit	3	1	2	46	81
Berweigerte Arbeitszeitverkürzung	4	1	3	696	119
Ausperrung von Arbeitern	1	—	1	41	86
Lohnforderungen	3	1	2	642	13

Die mährische Gewerkschaftskommission hat ihren Sitz in Brünn, versendete 539 Schreiben und erhielt 419 Zuschriften. In Mähren wurden im abgelaufenen Jahre 25 neue Organisationen gegründet und 5 Konferenzen abgehalten. Seit 1. August ist ein Sekretär angestellt, welcher sich um die im Argen liegende Gewerkschaftsorganisation zu kümmern hat.

Ein großes Streiklicht auf die arbeiterfeindliche Handlungsweise der österreichischen Unternehmer wirft ein Vorfall, der sich vor kurzer Zeit in Steiermark abspielte und vielfach Aufsehen erregte. Die alpine Montangesellschaft — eine der größten Ausbeutergesellschaften Oesterreichs — will an einem großen Theile ihrer Arbeiterchaft ein ganz gemeines Attentat verüben, indem die arbeitsunfähigen und invaliden Arbeiter, die jahrzehntelang in die bei diesen Werken bestehenden Pensionskassen ansehnliche Beiträge einzahlen mußten, um ihre Pensionsansprüche geprellt werden sollen. Dieser Betrug soll dadurch erreicht werden, daß die passiven Fonds aufgelassen werden, ohne jedoch die fieschen Proletarier zu entschädigen. Wie es scheint soll jedoch diesmal dieser schlaue Streich nicht gelingen, da der Verband der Metallarbeiter Oesterreichs den Arbeitern hilfsreich zur Seite steht. Auch wurde die Bezirkshauptmannschaft, in deren Sprengel diese Werke liegen, durch die Thätigkeit der Organisation veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. In einer einberufenen Versammlung der interessirten Arbeiter erschien auch der Bezirkshauptmann von Judenburg und ergriff während der Debatte das Wort zu einer lebhaft bewegten Rede, welche den Unternehmerblättern nicht angenehm erschien, denn es erscheint seitdem keine Nummer, in welcher nicht der Bezirkshauptmann bei seiner vorgesezten Behörde ordentlich angeklagt worden würde. Der Bezirkshauptmann erklärte, er stimme dem Vertreter der Arbeiterchaft vollkommen bei. Die Statuten des Vereines seien ein integrierender Bestandteil des Arbeitsvertrages, den der Arbeitgeber ebenso einzuhalten habe wie der Arbeitnehmer. Die alpine Montangesellschaft könne demnach im gesetzlichen Wege zur Erfüllung aller aus dem Pensions-Institute entspringenden Rechte angehalten werden. Der Staat, welcher der Gesellschaft seinen Schutz habe angedeihen lassen, Vermögen zu erwerben, werde es nie dulden, daß diese Gesellschaft Jene auch nur um eines Haares Breite schädige, welche bei der Bildung dieses Vermögens durch ihre Kraft im Schweiße mitgeholfen haben. Mit den Worten: Fiat justitia, pereat mundus, nur das Recht und Gesetz allein dürfen in dem feiner Leitung anvertrauten Bezirke herrschen, schloß der Bezirkshauptmann seine Erörterungen. — Es ist bezeichnend für die österreichischen Verhältnisse, daß vom Standpunkte des Gesetzes aus betrachtet, diese selbstverständliche Rede bei uns so gewaltiges Aufsehen machen konnte. Wie schon oben erwähnt, speien die Unternehmerblätter Gift und Galle ob dieser Ausführungen.

Der Bund der österreichischen Industriellen, über dessen Gründung wir seinerzeit berichteten und dem zum größten Theile die Metallindustriellen angehören, hielt am 31. Januar eine Versammlung ab, bei welcher der Präsident unter Anderem mittheilte, daß der Unternehmer-Organisation 400 Firmen als Mitglieder angehören. Die Metallarbeiter Oesterreichs haben harte Kämpfe in Aussicht, wenn man bedenkt, daß die Unternehmer eine Aktion planen, um, wie sich der Präsident des Industriellenbundes ausdrückte, „in den Werkstätten und Fabriken gründliche Ordnung herbeizuführen.“ Die Stelle dieser charakteristischen Rede, welche den deutschen Metallarbeitern die Bornirtheit unserer Fabrikanten in ihrer ganzen Nacltheit zeigt, lautet:

„Eine nicht minder wichtige Aktion, meine Herren, ist im Zuge. Es ist das der groß angelegte Versuch, in unseren Fabriken und Werkstätten endlich einmal gründliche Ordnung herbeizuführen. Meine Herren! Wir haben in den letzten Monaten einen kolossalen Kampf der englischen Maschinenfabrikanten gesehen, die auf Tod und Leben gekämpft haben für die einschneidende Frage, wer Herr zu sein hat in der Fabrik. Ob derjenige, der mit dem Eintrage seiner persönlichen und materiellen Existenz, mit dem Eintrage seines erworbenen Gutes, mit dem Eintrage des Gutes seiner Vorfahren und seiner Vorgänger, eine Arbeitsgelegenheit geschaffen hat, oder ob derjenige Herr zu sein haben in der Fabrik, die von dieser für sie durchaus risikolosen Arbeitsgelegenheit Gebrauch machen? Mit einem Wort: Ob der Fabrikant oder der Arbeiterführer Herr in der Fabrik zu sein hat.“

Zu der Grazer Waggonfabrik-Attiengesellschaft vorwärts Weizer legten am 11. Februar sämt-

liche Arbeiter — es sind in derselben ca. 850 beschäftigt — die Arbeit nieder. Die Ursache dieses Streiks ist, daß die Fabrikleitung den Arbeitern alle Zugeständnisse, die die Arbeiter Dank ihrer guten Organisation im vorigen Jahre erlangen haben, streitig macht. Der Direktion sind die Minimallöhne, die Anerkennung der Vertrauensmänner und selbstverständlich die Gewerkschaftsorganisation ein Dorn im Auge, weshalb sie auch die Vertrauensmänner der Arbeiter, trotz des gegebenen Ehrenwortes des Direktors, maßregelte. Nach erfolgter Maßregelung zweier Vertrauensmänner kündigten sämtliche Arbeiter und entsandten eine Deputation zum Verwaltungsrath nach Wien. Der Verwaltungsrath versprach, wenn die Arbeiter die Kündigung zurückziehen, die Beschwerden zu prüfen und deren Ursachen zu beseitigen. Hierauf zogen die Arbeiter die Kündigung zurück, um dadurch zu beweisen, daß sie die Angelegenheit auf friedliche Weise beilegen wollen. Es erfolgten jedoch neuerliche Entlassungen und Maßregelungen und bemächtigte sich der Arbeiter eine ungeheure Erbitterung. Am 10. Februar fa. b. eine massenhaft besuchte Versammlung der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter statt, welche in geheimer Abstimmung gegen eine verschwindend kleine Zahl von Stimmen den Streik beschloß. Zugun von Wagonbauarbeitern nach Graz ist strengstens fernzuhalten.

In der Maschinenfabrik der Firma Julius Ring in Ruffstein (Tirol) sind Differenzen ausgebrochen und ist Zugun nach dorthin fernzuhalten. Der Werkführer hat sich um Arbeiter nach Göppingen gewendet, worauf ganz besonders aufmerksam gemacht wird.

Aus Oderberg in Mähren wird gemeldet, daß im Röhrenwalzwerk von Albert Hahn Differenzen ausgebrochen sind.

Der Streik der Arbeiter der Firma Gerstner u. Kraus in Chodau (Böhmen) dauert ungeschwächt fort.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Hierdurch erjuchen wir die Ortsverwaltungen, sowie diejenigen, welche vom Vorstand Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung bezogen und über dieselben mit uns noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüglich zu thun. Der Erlös für die verkauften Protokolle ist sofort an unseren Kassier, Th. Werner, Redarstr. 160, einzufenden, wobei auf dem Postabschnitt zu vermerken ist, für was der Betrag vereinnahmt wurde. Die nichtabgegebenen Protokolle sind, sofern auf einen Verkauf nicht mehr gerechnet werden kann, nach hier einzuwenden, im anderen Falle ist Mitteilung an den Vorstand erforderlich.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 77788 des Schlossers Gustav Beda, geb. zu Falkenburg am 9. Oktober 1873.
- 148347 des Goldschlagers Hermann Fischer, geb. zu Alt-Chodau am 1. April 1875.
- 152225 des Klempners Hermann Ernst Scheide, geb. zu Röhrensdorf am 7. Juni 1878.
- 158361 des Spenglers Max Huber, geb. zu München am 6. Juli 1879.
- 232384 des Schlossers Otto Schilling, geb. zu Stendal am 25. März 1863.
- 286423 des Schmieds Heinrich Wandkowsky, geb. zu Rochem b. Trier am 27. Dez. 1876.

Nicht wieder aufnahmefähig ist auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stettin der Schlosser Otto Jürgen, geb. zu Eberswalde am 26. August 1869, B. Nr. 125 217, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern während seiner Thätigkeit als Kassier.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Redarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formex.

Gera. Der Zustand der Formex bei Brömme u. Diele, Maschinenfabrik, ist am 9. Februar beendet worden. Die Arbeiter rückten wieder an ihre Arbeitsplätze bis auf zwei, ein Feizer und ein Klempner, die, weil sie sich schon seit längerer Zeit bei dem Herrn unliebsam gemacht haben, nicht wieder ankommen konnten. Der Klempner ist Mitgründer der hiesigen Sektion der Klempner, was den Unternehmern nicht fremd blieb. Die Forderung der Arbeiter wurde bewilligt, sie werden sich also in Zukunft von dem Schulmeister a. D. nicht mehr drangalieren lassen.

Wittenberg. Auch hier will die Organisation nicht vorwärts kommen, weil die Arbeiter die schlechten Verhältnisse, in denen sie leben, nicht erkennen wollen. Organisierte Arbeiter, die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftler tragen dazu bei, daß dieselben nicht zur Einsicht kommen. Sie verteidigen alle Maßnahmen der Unternehmer und helfen die organisierten Arbeiter unserer Richtung hinausgrauen. In der Maschinenfabrik von Wegig, wo ein Formex 6 Jahre lang zur Zufriedenheit der Firma und des Meisters gearbeitet, wurde demselben eines Tages gesagt: Sie sind Verneiner, der hegt und die Leute aufweget; deswegen warne ich Sie! Sich seines guten Gewissens bewußt, frug derselbe nach der Quelle dieser Weisheit. Aber jede nähere Auskunft wurde verweigert und auch gesagt: Beweise habe ich nicht. Der Formex sagte sich, wenn die Dinge hier so liegen, dann ist es besser, ich gehe. Und siehe da! es waren noch mehrere von dieser Art vorhanden. Acht Mann zogen aus, weil sie nicht gerne gesehen wurden. So ganz richtig war das nicht, organisierte Arbeiter sollen bedachtamer handeln; aber verstehen kann

man es. Wenn man nun bedenkt, wie unendlich traurig die Arbeitszeit und die Zustände in den Fabriken sind, muß man doch bemerken, daß behauptet wird, die Hirsch-Duncker'schen helfen jede freigelegte Diegung unterdrücken. Es ist auf dem Eigentum von Holz, wo von Morgens 5 Uhr bis in die sinkende Nacht gewürfelt wird, ein Formerlerling wurde 8 Wochen vor Beendigung seiner Lehrzeit entlassen, weil er eine öffentliche Versammlung (und das darf jeder Preusse, meine Herren!) besucht hat. Der Chef kennt den Grund der Entlassung nicht. Gute Führung schreiben dem jungen Mann alle einsichtigen Personen zu. Welches ist denn nun der Grund? Metallarbeiter, wenn hier Former und andere Berufe gesucht werden, denkt daran, Ihr habt hier kein Recht. Laßt uns dieses doch einmal erkämpfen.

Klempner.

Chemnitz. Der Zustand der Klempner der Niemann'schen Fabrik dauert fort, da der Inhaber es bis jetzt abgelehnt hat, mit dem Streikkomitee zu unterhandeln; er forderte diese auf, ihren Kollegen mitzuteilen, daß sie kommen sollten und abrechnen. Trotzdem versucht der Werkführer Lust die Einzelnen zu überreden, die Arbeit wieder aufzunehmen, was ihm auch bei zwei gelungen ist, einer hat andere Arbeit angenommen, einer ist abgereist, einer hat sich krank gemeldet, so daß noch 36 zu unterstützen sind. Davon sind 14 verheiratet, welche 19 Kinder zu ernähren haben. 6 Arbeitswillige sind von auswärtig gekommen, aber die 23 Mann, welche arbeiten können, die Arbeit nicht leisten, da nur 3 Laternen-Klempner darunter sind. Es mußten die Arbeiterinnen, welche das Putzen besorgen, schon wiederholt nach Hause gehen, da sie keine Arbeit hatten; auch bei den Polirern hapert es schon mit der Arbeit. Die Firma sucht bei den Innungsmeistern sowie in hiesigen und auswärtigen Zeitungen tüchtige Weißblechklempner, so auch im „Ergebirgischen Volksfreund“. Bis jetzt war es aber möglich, die größte Anzahl abzuschieben (letzte Woche 14). Wenn die auswärtigen Kollegen dafür Sorge tragen, daß der Zugang nach hier ferngehalten wird, so muß sich die Firma in Unterhandlungen einlassen, denn von der Märzbestellung ist noch nichts fertig. Es ist bemerkenswerth, daß die Firma jetzt 46 M für das Hundert Laternen zahlt, wo die Ausständigen nur 44 verlangten (41 wollte sie bezahlen). Einem Ausständigen, der zuerst die Arbeit aufnahm, sind pro Woche 30 M Lohn versprochen, ob er es im Afford verdient oder nicht. Von Seiten der Behörden werden die Streikenden verhindert, auf der Färststraße stehen zu bleiben. Von den Beamten der Fabrik wird ausgeprengt, daß die Klempner streikten, um höheren Lohn zu erhalten, wo sie doch nur die Niedrigkeit der Affordpreise verhindern wollen. Die Ausständigen haben ihre Forderung folgendermaßen formuliert: 1) Festsetzung der Affordpreise: a. Komm. 222 u. 223 M 44, bisher 45; b. Komm. 181 M 28, bisher 21,70; c. Komm. 182 M 32,80, bisher 27,20; d. Komm. 213 M 88, bisher 35; e. für alle nichtbenannten Afforde bleiben die bisherigen Preise bestehen. 2) Es ist eine Preisliste anzufertigen und an den Arbeitsplätzen auszuhängen. Änderungen der Preise können nur unter Zustimmung des Arbeiterausschusses vorgenommen werden. 3) Einem jeden Klempner ist ein Kasten nebst Deckel zum Aufbewahren der Arbeitstheile, sowie der Lehren zur Verfügung zu stellen. 4) Maßregelung von dem am Streik Beteiligten dürfen nicht vorgenommen werden. 5) Eine anständige Behandlung von Seiten der Beamten. — Es haben in Chemnitz, Silberdorf und Gablenz Versammlungen stattgefunden, welche alle gut besucht waren und wo sich die Anwesenden mit den Ausständigen solidarisch erklärten; die erste finanzielle Unterstützung kam von den Metallbildnern der Firma Niemann. Ein Stanger, welcher in einer Versammlung die dortigen Zustände kritisierte, wurde einige Tage darnach entlassen, mußte sich aber beim Abgange einer Preisbestimmung, von zwei Schulgelehrten unternommen, unterziehen, weil die Firma glaubte, der Betreffende hätte Arbeitstheile bei sich, um dieselben in einer Versammlung vorzulegen.

Chemnitz, 13. Febr. Das Ausständigenkomitee, welches am 9. Februar mit der Firma Niemann unterhandeln wollte, wurde nicht vorgelassen, sondern es wurde ihm durch den Portier erklärt, es sollte Jeder einzeln kommen und abrechnen. Dem wurde natürlich nicht Folge geleistet. Es sind leider schon mehrere auswärtige Klempner bei R. in Arbeit getreten, so daß mit den Hilfsarbeitern ja. 40 Mann arbeiten (vor dem Ausstand 58). Trotzdem müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter der anderen Branchen noch öfter feiern, und wird die Firma, wenn sie ihre Aufträge mit dem jetzigen Arbeitermaterial fertig stellen will, mindestens die Hälfte mehr Arbeiter einstellen muß. Einige Kollegen mußten Klage beim Gewerbegericht anstrengen, da ihnen gesetzlich nicht zulässige Entlassungsscheine ausgestellt wurden. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, den Zugang von Chemnitz streng fernzuhalten!

Wiesbaden. Die Sektion der Spengler und Installateure hielt am 29. Januar eine öffentliche Versammlung ab. Leider war jedoch unser Referent verhindert, das Referat über die bevorstehende Lohnbewegung zu übernehmen und schritt man deshalb zum zweiten Punkt: Wahl einer Lohnkommission. In dieselbe wurden die Kollegen Kaiser, Strobel, Hülz und Ernst gewählt. Der Bevollmächtigte bat um sorgfältige Ausfüllung der Fragebogen und solle sich keiner, wie es hier öfter der Fall sei, „in den Säckel lügen.“ Es entspann sich eine größere Diskussion über die Lohnzahlung, welche hier in einer Werkstatt am 1. und 15. eines jeden Monats stattfindet, und über verschiedene Werkstatt-Verhältnisse. Hierbei wurde besonders betont, daß in einigen Werkstätten der Lohn bloß 1,90 M, in einer anderen 2,05 M betrage. Jedoch halten es viele Kollegen noch nicht für nötig, trotz unserer schriftlichen Einladungen, zu erscheinen, viel weniger darüber zu sprechen, wo sie der Schuch drückt, sondern lassen sich ruhig jeden Druck von Oben gefallen. Andere haben sogar eine höllische Angst, sie würden gleich auf das Pflaster geworfen. An Euch, Kollegen, liegt es, kräftig weiter zu agitieren, damit wir im kommenden Frühjahr unsere Forderungen stellen können: Erreichung einer 10stündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Wir werden dieses ohne Ausstand erreichen, sobald wir alle Fernstehenden noch herangezogen haben. Unsere Mitgliederzahl beträgt jetzt 58. — Als Gewerkschaftsartellbelegirte wurden die Kollegen Geuser und Brühl gewählt. — Daß die hiesigen Lohnverhältnisse noch lange nicht den bescheidensten Ansprüchen genügen, beweist

hauptsächlich das Emailwert von Rossi und Fischer, welches fortwährend Arbeiter sucht für die 2,80 M pro Tag. Ist natürlich die erste Woche vorbei, so bieten sie nur 2,50 M, und verläßt dann der betreffende Kollege selbstverständlich die Werkstatt. — In der letzten Mitgliederversammlung im Dezember wurden gewählt: Johann Bender, Bevollmächtigter, Hellmundstr. 43, Part., Bernhard Diefenbach als Kassier, Brindlinger, Fritz und Schlegel als Revisoren.

Metall-Arbeiter.

Berlin, D. M. B. Am Montag, 7. Februar, fand die ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin in der Tonhalle statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der seit letzter Generalversammlung verstorbene Kollegen Berg, Hohenstein, Krüger, Hellmann, Marcus, Mollmer, Al. Lehmann, Rook, Wendel, Schwarzer, Nitsche und Sühle in üblicher Weise gedacht. Hierauf erstattete Vitzin den Bericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung vom 1. Juni 1897 bis 31. Dezember 1897. Der Bericht lag in gedrängter Kürze zur Orientierung gedruckt vor. In den letzten sieben Monaten kam es wieder verschiedentlich zu Differenzen, da viele Unternehmer versuchten, die zum Theil durch die vorjährigen Streiks errungenen Vorteile wieder rückgängig zu machen. Bei den Firmen Ulrich u. Köhler, Jürit u. Ko., Eichelbaum u. Ko., Hirschhorn u. Ko., Ludloff u. Ko., Kamnrich u. Ko., Rößemann u. Kühnemann, A. Borfig, Drechsler und Lehmann kam es diesbezüglich zu Differenzen. Durch den bei Borfig ausgebrochenen Streik, welcher sich mit der Zeit auf fast sämtliche Eisenlagerer erstreckte, wurde der Verband stark in Anspruch genommen, einige der hieron betroffenen Kollegen sind jetzt noch zu unterstützen. Leider haben die Unternehmer ihr vor dem Einigungsamt gegebenes Wort nicht gehalten, so die Firmen Ludwig Böme, Salinger und Borfig. Hierbei wurde angeregt, bei späteren Umständen, welche größere Dimensionen annehmen, die in Frage kommenden Beschlüsse nicht dem Zufall zu überlassen, sondern in die Reihen der Organisation zu verlegen. In vielen Fällen ist es möglich gewesen, auf dem Wege gütlichen Verhandels durch verständigen, besonnenes Vorgehen der Kollegen Differenzen beizulegen, ohne daß es zum Ausstand kam. Der Mitgliederbestand am 31. Dezember betrug 10,561 Personen und zwar befanden sich hierunter: 15 Drahtarbeiter, 2062 Dreher (Eisen-, Fagons-, Metall- und Schraubendreher), 10 Fellenhauer, 697 Former und Eisereiarbeiter, 40 Goldarbeiter, Silberarbeiter, Graveure und Bijeleure, 953 Gärtler und Galvaniseure, 14 Feizer und Maschinenisten, 16 Kesselschmiede, 1126 Klempner und Rohrleger, 7 Kupferschmiede, 716 Mechaniker (chirurgische Instrumentenmacher, Büchsenmacher, Uhrmacher), 9 Optiker, 298 Metallbrüder, 91 Gelbgießer, 335 Metallschleifer, 2 Modellstecher, 2003 Schlosser und Maschinenbauer, 6 Metallschläger, 272 Schmiede, 1 Zinngießer, 1715 Hilfsarbeiter (Bohrer, Fraiser, Hobler u.), 142 Arbeiterinnen, 31 Nicht-Metallarbeiter. Trotz der großen Zahl der Neuaufnahmen ist der Mitgliederbestand derselbe geblieben wie bisher, die Fluktuation ist eine außerordentlich große. Aufgabe der Organisation wird es sein, die Ursachen des fortgesetzten Wechsels zu ergründen, um durch zeitgemäße Einrichtungen diesen Zustand zu beseitigen. Die Agitation in den letzten 7 Monaten war eine derartig rege, wie nie zuvor. Es fanden in diesem Zeitraum 3 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen, 48 Bezirks- und 13 Branchenversammlungen statt. Ferner haben eine außerordentlich große Anzahl von Werkstattversammlungen in allen Bezirken stattgefunden. Die Vertrauensleute hielten 27 Konferenzen und die Ortsverwaltung 18 ordentliche und 4 außerordentliche Sitzungen ab. Im Arbeitsnachweis ließen sich in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1897 1678 Mitglieder als arbeitslos eintragen. Gemeldet wurden in diesem Zeitraum 800 Bakanzien, wovon 425 besetzt werden konnten. — Durch den Tod verlor die Organisation 23 Mitglieder, denen die üblichen Spenden zu Theil wurden. Es folgte nun der Rassenbericht vom 4. Quartal 1897. Es betragen die

Einnahmen:	
Kassenbestand am 30. September	38,835,90
Beitragsgeld von 2209 männl. Mitgl. à 80	662,70
47 weibl. " à 20 "	9,40
111,456 Beiträge à 20	22,291,—
980 Beiträge à 5	49,—
Sonstige Einnahmen	1,181,40
Summa	68,229,40

Ausgaben:	
Reisegeld für 2945 Kilometer à 2	58,90
161 Tage à 1	161,—
Rechtschutz	198,65
Streikunterstützung	5,946,—
Unterstützung nach § 2c	200,—
Außerordentliche Agitation für die Provinz	200,—
An die Hauptkassette eingesandt am 3. November und 20. Dezember	12,113,50

Total-Ausgaben:	
Für Vergütung der Ortsbeamten	1,588,75
Porto- u. Schreibmaterialien	180,—
Inserate	488,20
Bibliothekszweck	297,—
Referate	84,—
Gesamtwartung	806,65
Zeitungs-Kolportage	185,—
sonstige Ausgaben	8,736,66
Summa	25,754,21

Es verblieb am 31. Dezember 1897 ein Kassenbestand von M. 37,475,19. Von den Revisoren wurde berichtet, daß sie Kasse und Bücher, sowie sämtliche Belege geprüft und in Ordnung befunden haben; auf Antrag wurde der Rendant entlastet. Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Wahl der Ortsverwaltung“ lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, „dem Rendanten ein Monatsgeld von 10 M pro Monat zu bewilligen“. Die Verwaltung sah sich zur Stellung dieses Antrages veranlaßt, da der Rendant, im Verhältnis zu den anderen Kollegen, welche das gleiche Gehalt beziehen, im Nachtheil sei, weil sämtliche ihm unterlaufende Monats an Marken und barem Gelde von ihm gedeckt werden müssen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag abgelehnt. Es wurde nun zur Wahl geschritten; nach mehrmaligen Vorschlägen erklärte sich Vitzin bereit,

das Amt als Bevollmächtigter weiter führen zu wollen, wünscht jedoch, daß die Mitglieder in offener und ehrlicher Weise ihre Ansichten zum Ausdruck bringen und nicht immer in versteckter Form, wie dieses in letzter Zeit so häufig geschehen sei. Dittin wurde hierauf als Bevollmächtigter wiedergewählt. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Siegrist gewählt. Als Kandidat wurde wieder Wegald vorgeschlagen; derselbe erklärte, daß die Ablehnung des vorherigen Antrages ihn späterhin veranlassen werde, denselben selbst zu stellen, heute sei er zur Motivierung desselben durch angenommenen Geschäftsordnungsantrag verhindert worden. Zur Annahme des Postens erklärte sich P. bereit, die Versammlung wählte denselben wieder als Kandidaten. Zum Schriftführer wurde Skalsky und zu Revisoren Freithaler, Kuna und Goetsch gewählt.

Aus **Hamburg** erhalten wir in Bezug auf die in unserem Blatte vom 6. November vorigen Jahres über Herrn Stiner in Hamburg veröffentlichte Korrespondenz folgende Berichtigung: Die Unterstellung, als ob bei mir dauernd nur 2 Gesellen arbeiten, ist unzutreffend; in der Regel habe ich deren 3-4; habe ich nur 2, so suche ich in der Regel welche. Die Lehrlinge kann ich selbstverständlich deshalb nicht entlassen, weil ich nicht mehr als 2 Gesellen bekomme. Es ist unklar, daß ich einen Gesellen duannes Bieh, dämlicher Affe u. genannt habe. Daß ich es als Meister liebe, bis halb 8 resp. 8 Uhr nacharbeiten zu lassen, ist unklar. Unklar ist die Angabe, es werde von den Gesellen und Lehrlingen wieder herausgeholt, was an den Vorausschlägen abgehoben werde; daß ich mich natürlich wie andere nach der Höhe der angelegten Beträge bei Submissionen richte, ist selbstverständlich. Was die Angelegenheit mit einem Lehrling betrifft, so ist die Schilderung, als sei von mir auf denselben wie auf einem Stück Leder herumgeschlagen worden, eine Unwahrheit. Ich hielt mich einfach an § 127 der Gew.-Ordn. in der Ausbildung dieses Lehrlingen, auch wenn die Eltern des Lehrlingen selbst diesen in der Zuwiderhandlung gegen meine Anordnungen sogar noch unterstützen.

Bielefeld. In der am 29. Januar abgehaltenen kombinierten Mitgliederversammlung erstattete der frühere Bevollmächtigte Kollege Bunte den Kassens- und Jahresbericht sämtlicher Sektionen. Es würde zu weit führen, wollten wir den Kassensbericht jeder einzelnen Sektion hier wiedergeben; wir begnügen uns daher, aus dem Gesamtbericht aller Sektionen Folgendes anzuführen. Im Laufe des verfloffenen Jahres wurden abgehalten: 21 öffentliche, 90 Mitglieder-, 8 kombinierte und 6 Werkstattversammlungen; in den Versammlungen sind 22 Vorträge gehalten worden, außerdem haben noch 33 Vorstandssitzungen und 7 Besprechungen stattgefunden. Eingetreten sind während des Jahres 1897 699 Mitglieder, zugereist 127, übergetreten von anderen Sektionen und ausländischen Verbänden 23, abgereist 363, ausgeschlossen nach § 2 Abs. 6a 639. Mitgliederbestand am 1. Januar 1898 1401. Ein sehr kleiner, wenn man bedenkt, daß ca. 6000 Metallarbeiter hier beschäftigt sind. Die Gesamtannahme inklusive 400 M. Zuschuß vom Hauptverband betrug 11,538,30 M., davon sind an die Hauptkasse eingekandt 9947,10 M. Beitragsmarken sind verkauft worden 54,543 Stück. Im benachbarten Orte Schildebe ist eine neue Sektion gegründet worden und traten 30 Mitglieder nach dort hin über. In Lohnbewegung traten die Fahrradbauer bei Koch u. Komp., die Schleifer bei Baer u. Kempel, die Klempner und die Feilenhauer. Zum Streit kam es nur bei den Klempnern, dieser war jedoch von kurzer Dauer und hatte leider nur wenig Erfolg. Erfolgreicher war dagegen die Lohnbewegung der Fahrradbauer bei Koch u. Ko., die der Schleifer bei Baer u. Kempel und der Feilenhauer. Auch wurden die Schleifer der Firma Dürschopp u. Ko. mit einem enormen Abzug beehrt, so daß sich die Ortsverwaltung veranlaßt sah, hierzu Stellung zu nehmen; leider ist es der Firma auch gelungen, einige Abzüge zu machen, wenn auch nicht in der Höhe, wie sie anfangs beabsichtigt hatte. Abzüge an Abfordrungen fanden allenthalben in den Fabriken statt. Daß in der Zahl der Mitglieder keine Fortschritte gemacht worden sind, ist eine ganz natürliche Erscheinung; denn die meisten Bielefelder Arbeiter sind sich noch nicht bewußt, in welcher traurigen und elenden Lage sie sich befinden. Die Beitragsleistung ist dagegen erheblich gestiegen, so daß ca. 4000 M. mehr wie im Vorjahre an die Hauptkasse eingekandt werden konnten. Aus obigen Ausführungen geht zur Genüge hervor, daß die Bielefelder Metallarbeiter nicht auf Blößen getreten sind, sondern stets zu kämpfen haben mit der Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Profitgier der Unternehmer; aber wir können den Metallarbeitern aller Orten die Versicherung geben, daß wir gewillt sind, den Kampf für die Verbesserung unserer Lage mit aller Energie und allen uns zu Gebote stehenden Mitteln weiter zu führen und stets darauf bedacht sein werden, neue Kämpfer anzuzuworben. Wir fordern daher die Bielefelder Metallarbeiter auch an dieser Stelle auf, dafür zu sorgen und zu agitieren, daß das, was uns im alten Jahre nicht gelungen ist, zu unserer aller Freude bald gelingen möge.

Empfehlungen. In der letzten Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Karl Reple als Bevollmächtigter, J. Kramer als Kassierer, G. Büchse als Schriftführer, Gruber und Hüpper als Revisoren. Unsere Zahlstelle macht wirklich einen recht traurigen Eindruck, es sind ca. 25 Mitglieder am Orte, 4-5 Mitglieder erscheinen in der Versammlung. Möchten doch die Mitglieder einsehen, daß es so nicht fortgehen darf und die noch fernstehenden Kollegen der Regelmäßigkeit und Regelmäßigkeit, sowie auch die übrigen hier beschäftigten Metallarbeiter zu gewinnen suchen. Alle Ursache hätten die Gewandlinger Metallarbeiter, sich dem D. M. B. anzuschließen, um eine Regelung ihrer unangünstigen Verhältnisse herbeiführen zu können. Kollegen, erscheint zahlreich in der Versammlung am 20. Februar, Nachmittags halb 3 Uhr.

Leipzig (Beitrag). Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 31. Januar im Saale der Gesellschaftshalle in Lindenau statt. Kollege Scheib, der über das Recht der Arbeiter und die bestehende Lage sprach, beleuchtete die von der Reaktion geplante Verschlechterung des Vereinsgesetzes sowie des Koalitionsrechtes. Er wies auf den geheimen Erlaß des Grafen Posadowsky hin und führte aus, wie schon jetzt, gerade in Leipzig, gegen die Arbeiter vorgegangen wird, und wie sogar die eigenen Werkstellenbesprechungen, in denen

Lohnverhältnisse erörtert werden, als öffentliche Versammlungen angesehen werden müssen. Zu diesem beifällig aufgenommenen Referat ging folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde: Die heute hier tagende Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie protestiert entschieden gegen jede Verschlechterung des Vereinsgesetzes im sächsischen Landtage, bezgl. gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes; sie erkennt in dem geheimen Erlaß des Grafen Posadowsky ein neues Attentat gegen das letztere und erwartet vom deutschen Reichstage, daß derselbe jeden Versuch dieser Art mit Energie zurückweist. Das Bureau wird beauftragt, diese Resolution an die sozialdemokratische Fraktion zu übermitteln. Hierauf führte Redner die verschiedenen Maßregelungen an, die in letzter Zeit stattgefunden und übte an den Firmen Demler, Blant & Raft und Frederking, sämtliche in Leipzig-Plagwitz, scharfe Kritik. Zu Punkt 2, Regelung und Ausbau des Unterstützungsfonds, schlägt Kollege Scheib vor, drei Revisoren und einen Verwalter zu wählen, und unterbreitet der Versammlung die dafür etwa anzunehmenden Bestimmungen. Die Anwesenden nehmen den Vorschlag und die Bestimmungen einstimmig an und wählen den Kollegen Maßlitz als Verwalter und die Kollegen Kluge, Formner, Engel, Hübner und Uhlitz, Formner, als Revisoren.

Mühlhausen i. C. Aus einer Zeitschrift der „Chambre Syndicale des ouvriers métallurgistes réunis de Nancy“ geht hervor, daß in der dortigen großen elektrischen Werkstätte der Firma Fabian Henriot Differenzen zwischen der Direktion und dem Personale ausgebrochen sind, die in den letzten Tagen zum Ausbruch führten. Betreffende Firma schreckt nun trotz ihrer gut bürgerlich-daubinistischen Gesinnung nicht davor zurück, ihre um ein menschenwürdiges Dasein und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden eigenen Landsleute durch Anstellung der so verhassten Ausländer zu bekämpfen. Zu diesem Zweck hat sie einen oder auch mehrere der ihr treu gebliebenen Subjekte ins Ausland, insbesondere nach dem Elsaß geschickt, wohl wissend, daß der französische Arbeiter, dem das Evangelium der „Arbeitswilligkeit“ wie es im deutschen Reichstag gepredigt wird, fremd ist, nie auf die Stufe sinken wird, ihr als Streikbrecher zu dienen. Durch genannte Sklaven- oder Banernjäger wurden hier bereits mehrere Versuche gemacht, stets jedoch ohne Erfolg. Diese Zeilen sollen besonders den am hiesigen elektrischen Werke beschäftigten Kollegen als Mahnung zur Vorsicht dienen und ist zu raten, vor Abschluß von Verträgen oder Abreise sich beim hiesigen Bevollmächtigten des D. M. B. nach den dortigen Zuständen zu erkundigen. Die Erfahrungen bei den letzten größeren Streiks haben zur Genüge bewiesen, welchen Nutzen die famosen „Arbeitswilligen“ gehabt haben. In erster Linie die Verachtung jedes vernünftig denkenden Menschen, und obendrein — Noth und Elend. Denn regelmäßig werden nach beendigtem Kampfe die herausgezogenen fremden Arbeiter auf die Straße gestellt. In seinem eigenen Interesse ist es daher Pflicht jedes Arbeitsgenossen, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, die um ihre Ideale kämpfende Arbeiterenschaft, in diesem Falle speziell unsere französischen Kollegen, wenigstens durch möglichstes Fernhalten jeglichen Zugangs zu unterstützen. Zeigen wir uns in Panamismus, Dreyfuß- oder Lauch- und Petersprozessen so großen Unterdrückern dieses und jenseits der Vogesen, daß ihre Macht am Klassenbewusstsein der sich ihrer Ziele bewußten Arbeiterchaft ihren Meister finden wird! — In die Ortsverwaltung des D. M. B. wurden gewählt: Neue Stöcklin als Bevollmächtigter, Eaver Szery als Kassierer, Jobritz, Brudert und Steiner als Revisoren. — Die nächste Sitzung wird mit wichtiger Tagesordnung am Sonntag, 20. Februar, Nachmittags, abgehalten.

Oberkiedl. Am 30. Januar hielten wir eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Genf erinnerte daran, daß unsere Filiale gerade ein Jahr besteht. Nur 4-5 Metallarbeiter von Oberkiedl sind nicht organisiert. Redner besprach die Unterstützungen an unsere kämpfenden Kollegen. Es sind im Ganzen vom 1. November 1897 bis 1. Februar 1898 102,50 an Ertragssteuer für die englischen Kollegen geleistet worden. Es wurde der Antrag angenommen, die Ertragssteuer von 25 J pro Woche fallen zu lassen und eine Steuer von 10 J alle 14 Tage mit Quittungsmarken und Quittungsmarken einzuführen. Es wurde der Wunsch geäußert, aus den Erträgen der Steuer eine Bibliothek anzuschaffen. Dem Wunsche, unsere Mitgliederorganisationen in einem gleichfalls uns zur Verfügung stehenden Lokale abzuhalten, wurde einstimmig beigestimmt. Es wurde das Lokal A. Schmitz in Aussicht genommen.

Schönebeck a. E. Die Mitglieder des D. M. B. wurden hier gemäßigt durch Entlassung! Lange haben hier Einzelne versucht, die Metallarbeiter zu organisieren. Es gelang nicht. Die Zustände waren erträglich, weil man keine Zeit hatte, darüber nachzudenken, daß es besser sein könnte und müßte. Jetzt kommt der stärkere Druck und die Metallarbeiter fühlen, daß die Organisation fehlt, um sich wehren zu können. Theilweise haben sie der Einsicht die That folgen lassen: sie sind dem Verband beigetreten und wollen sich wehren. Dieses Vorgehen und die daher rührende Agitation hat die Firmaleitung der Fahrradfabrik von Höher & Glahn veranlaßt, 16 organisierte Metallarbeiter (Schleifer, Schloßer, Dreher usw.) zu entlassen. Die beiden Meister (Ober- und Untermeister) haben ihr Bestmögliches gethan, um die Arbeiter zu drücken. Inhuman ist die Behandlung bei der Arbeit; aber die Art der Entlassung übersteigt das, was man unter aller Kanone nennt. Aber damit nicht genug, auch die Fabrik von Lange folgt dem Beispiele. Diese Firma hat ebenfalls 2 Organisierte entlassen und wer weiß, was noch folgt. Also Metallarbeiter aller Branchen, die Unternehmer wollen Euch hier nicht haben. Macht daher den hier Anwesenden den Kampf für ihr Recht nicht schwer. Näheres später, schauen wir, wie sich die Dinge hier und allerorts entwickeln.

Reitzhausen. Bezugnehmend auf unseren Bericht in Nr. 6 dieser Zeitung teilen wir noch mit, daß die Holzarbeiter mit der Direktion in Betreff der Lohnreduktion noch in Unterhandlung stehen. Sollte uns auch wider Erwarten nichts dabei herauskommen, so hat die Sache für uns doch das Gute gehabt, daß die Arbeiter ein wenig aufgerüttelt worden und ferner, daß wir dadurch für unseren Verband ein Lokal erhalten haben. Es fand auch am 30. Januar unsere Mitgliederversammlung statt. In die Ortsverwaltung wurde Schulze als Bevollmächtigter, F. Pieper als

Kassierer, Perna, Seidel und Kubert als Revisoren gewählt. Unsere Versammlungen finden laut Beschluß jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Nachmittags 2 Uhr, im Lokal zur „Stadt Berlin“ statt. Kollege Kiffin-Berlin hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Pflicht der hiesigen Kollegen ist es nun, nachdem wir ein Lokal erhalten haben, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen regelmäßig besucht werden und dort alle Fehler und Mängel in hiesigen Werkstätten zur Sprache gebracht werden. Aus den letzten öffentlichen Versammlungen werden wohl die Kollegen auch ersehen haben, daß, wenn solche Sachen in die Öffentlichkeit kommen, viel eher für Abhilfe gesorgt wird.

Weimar. Ein die hiesigen Metallarbeiterverhältnisse grell beleuchtender Vorgang spielte sich am 30. Januar in unserer Mitgliederversammlung ab. Schon längere Zeit bemerkten die Arbeiter der Firma Gebr. Schmidt hier, daß sämtliche sie betreffenden Erörterungen schon am andern Tage den Prinzipalen zugetragen wurden. Obwohl man ein gewisses Verbandsmitglied in Verdacht hatte, konnte man demselben, da es mit dreifacher Stirn Alles leugnete, doch nichts Bestimmtes nachweisen. Als nun von dritter Seite die Mißstände in genannter Werkstatt durch ein Eingekandt in der „Tribüne“ einer gerechten Kritik unterzogen wurden, erfolgte in derselben Zeitung eine „Berichtigung“, welche die vorgebrachten Uebelstände in Abrede stellte und die Schmidt'sche Fabrik gewissermaßen als Musterbude hinstellte. Diesen Artikel verbrochen zu haben, wurde derselbe Kollege beschuldigt, der schon lange im Geruch der Ungeheuer stand und diesmal waren die Beweise so gravierend, daß er die Thäterschaft zugeben mußte. Und wer war der Herr? Kein anderer als der verfloffene Bevollmächtigte unserer Zahlstelle! Daß durch berartige Verwaltungsbeamte die Zwecke des Verbandes nicht gefördert werden, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden. Die erwähnte Fabrik ist nun betrefß besserer Arbeitsbedingungen der bedürftigsten eine. So oft sich aber eine Bewegung zur Verbesserung derselben bemerkbar machte, mußte besagter Herr die Sache zu hinterreiben, so daß immer viel beschlossen und nichts ausgeführt wurde. Seit einem halben Jahre etwa verlegt sich vorerwähnte Firma auch auf Fahrradfabrikation. Zu diesem Zweck wurde eine Anzahl Spezialarbeiter von auswärts angeworben, welche sich freilich schon während der ersten Wochen in ihren Erwartungen bitter getäuscht sahen. Nachdem eine allgemeine Werkstattversammlung ähnlich dem Hornberger Schießen veranstaltet war, wählten die Fahrradbauer drei der Ihrigen, welche sich, unbekümmert um die Zustimmung des Verbandes, mit der Forderung der zehntündigen Arbeitszeit und Minimum von 35 J pro Stunde an die Geßel wandten, um nach kurzer Verhandlung kläglich anzufallen. Wie vor auszusehen, verließ auch diese Bewegung im Sande. Einige darauf folgende Lohnreduzierungen kamen in erster Linie den vorzichtigeren Leuten, wie dem verfloffenen Bevollmächtigten, zu Gute. Derselbe stattete seinen Dank dafür, daß die jüngeren Leute die Kastanien für ihn aus dem Feuer geholt, dadurch ab, daß er den Betreffenden vorwarf, die Existenz ihrer Familien gefährdet zu haben, obwohl er so gut wie jeder Andere die jetzige gute Konjunktur kennt und er und seines Gleichen gar nichts zu befürchten hatten. Nun, die passende Antwort hat dieses Monstrum von Doppelwesen sofort und recht ausführlich erhalten, indem er, abgesehen von sonstigen schmeichelhaften Bezeichnungen, einstimmig als Schädiger unserer Arbeiterinteressen bezeichnet wurde. Trotz alledem hält der Mann bis jetzt wie eine Klette an der Zugehörigkeit zum Verband fest, so daß wir nunmehr genöthigt sind, andere Maßregeln anzuwenden, um ihn endgiltig los zu werden.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. H. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1898.

Einnahme. Kassenbestand vom Dezember M 815,803,68.
 Von Altenburg M 200. Umberg 100. Unnen 100. Wschaffenburg 100. Wschaffleben 50. Auerbach 15,50. Baden-Baden 127. Barop 100. Bergedorf 65. Berlin III 400. Berlin IV 400. Berlin VIII 400. Lejjungen 100. Behdorf 50. Bieber 200. Bielefeld 550. Birschheim 100. Bochum 200. Bracke a. d. W. 50. Braunshweig 800. Bruchsal 200. Budau 400. Buchholz 60. Bürgel 100. Bulach-Beiertheim 150. Buchhütten 70. Conweiler 20. Copenid 50. Grumbach 50. Dalldorf 90. Delstern 200. Dessau 300. Deug 100. Eberwalde 50. Ewigheim 50. Elbe 200. Eiringhausen 100. Eisingen 40. Elberfeld 300. Essen an d. R. 200. Ehenroth 35. Freiburg i. Br. 100. Friedberg i. D. 7,85. Friedrichshagen 100. Friedrichsort 200. Fürstenthal 75. Waggenau 100. Gassen-Sommerfeld 40. Gerasmühl 80. Gevelsberg 200. Göttingen 200. Görlich 120. Griesheim a. D. 34. Groß-Dittersleben 150. Gummersbach 250. Hagen i. W. 150. Hagsfeld 100. Halben 20. Halle a. d. S. 400. Haltern 100. Hamburg 150. Hamburg-Billwärder 100. Harburg 100. Harleshausen 70. Halpe 300. Hausen b. Gießen 50. Heidelberg 100. Heidingfeld 127,90. Heumar-Rath 50. Hildesheim 70. Hochberg 50. Höchst a. M. 100. Hof 25. Hohenlimburg 50. Hjerlhorn 100. Kaiserlautern 250. Kendenich 70. Kettwig 50,70. Kirchbitmold 50. Kirchheim u. T. 70. Klein-Dittersleben 50. Königshagen 400. Körtingsdorf 200. Kogenau 239. Kottheim 100. Lambrecht 50. Langen I. C. Langen-Brumbach 20. Laubegast 150. Laufach 100. Leipzig-Ost 400. Leipzig-Eutrich 150. Lierenfeld 50. Linden 200. Lötzen 200. Lollar 70. Ludwigshagen 30. Ludwigschafen 100. Lüdenscheid 100. Magdeburg 200. Mainaschaff 90. Mannheim 400. Meiderich 100. Memel 50,65. Memmingen 200. Mügeln 50. Mühlheim a. Rh. 250. Mühlheim a. d. R. 300. Nauglitz 150. Rechem 200. Reinstedt 100. Reuentrade 100. Neu-Flensburg 70. Neureuth 100. Reustadt bei Magdeburg 200. Nürnberg 600. Oberpfeffermühl 80. Oberstein 54,90. Offenbach a. M. 200. Ottenjen 65. Pantow 100. Pfüllingen 50. Pirna 28. Plethenberg 50. Plabena 100. Reichenbach 15. Reutlingen 150. Rheyt 100. Riehl 30. Rintheim 150. Ronndorf 80. Roth a. S. 80. Rothenburg a. d. T. 900. Schlessen 50. Schmandbruch 100. Schmiedeberg 100. Schöllkrohn 80. Schorndorf 30. Schramberg 150. Schweinfurt 300. Schwerte

550. Sieghütte 100. Soest 82,5. Sohlen 70. Spandau 300. Speyer 50. Stollberg i. S. 26. Striegau 48,95. Stupferich 56. Stryum 200. Striburg 400. Tegel 100. Troisdorf 150. Uckermark 54,45. Unterlieberbach 50. Wipf 100. Wipf 100. Wangen 100. Weiden i. B. 69,85. Weillach 50. Weingarten b. R. 30. Weissenburg 50. Werder 75. Wetter 200. Wilhelmshaven 200. Zeulenroda 100. Beitrittsgehalt von einzelnen Mitgliedern 3 Beiträge 380,20. Von Berufsgenossenschaften 9,64. Vergütung an Porto 16,86. Sonstige Einnahmen 3,35. Summa: M 839,088,93.

Ausgabe. Nach Malen M 50. Alchemnitz 50. Altdorf 11 100. Amweiler 50. Attendorn 100. Bayenthal 250. Beed 150. Berrath 100. Berlin V 30. Berlin IX 500. Bettenhausen 100. Bodentöhr 100. Breslau 500. Brieg 50. Bunzlau 60. Derendorf 100. Dresden - Neustadt 20. Eilenburg 50. Eller 300. Enningen 80. Erfurt 100. Entingen 60. Finsterwalde 50. Flensburg 150. Frankenthal 20. Fulda 60. Giebichenstein 200. Hamburg-St. Pauli 100. Hamburg-Gimsbüttel 50. Hamburg-Neuhof 100. Hainm a. d. E. 280. Haderbe 50. Kirchlinde 120. Lindenthal 150. Lollar 100. Lübeck 50. Niederlahnstein 40. Nieshausen 50. Eggersheim 100. Olpe 50. Osterfeld 50. Plauen b. D. 100. Preungesheim 100. Recklinghausen 130. Rendsburg 100. Rütten- scheidt 200. Sarstedt 60. Schwabach 100. Schweidnitz 30. Seckenheim 60. Sieglar 50. Spöck 25. Staßfurt 150. Sterkrade 75. Straubing 50. Urberach 100. Waldsee 50. Wehringhausen 150. Weisshaus 70. Werne-Kolonie 50. Westerhüsen 120. Westhofen-Eisen 50. Zeitz 100. Zell 100. Zuffenhausen 50. Krankengeld an: U. Wönnig, Ferner 36,30. G. Borgemeister, Horstermark 29,70. L. Erhardt, Weifersheim 50,40. C. Felber, Eifenach 14,70. C. Holland, Kirzdorf 12,60. J. Koss, Mörs a. Rh. 37,80. J. Koenigebel, Cechen 19,80. E. Knabe, Detmold 33. J. Müller, Hörde 10,50. H. Kojer, Unna 29,70. J. Schwante, Heiligenbeil 27,50. E. Siegel, Jever 2,10. H. Thomas II, Oberfassel 35,70. U. Wagenier, Yünen 33. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 1242,50. Vergütung an die Revisionskommission 108,55. Gerichts- und Anwaltskosten 70,09. Druckkosten 401. Druck für 750,000 Marken 375. Für Stempel 27. Porto, Schreibmaterial usw. 414,34. Mantelgeld des Hauptassessors 10. Deponiert beim Amtsgericht Hamburg 135. Summa: M 10,526,28.

Bilance. Einnahme M 839,088,93 Ausgabe " 10,526,28 Kassenbestand M 828,562,65

C. Patenuth, Hauptkassirer.

Hannover. Am 30. Januar hielt die 12. Wahlabtheilung hier eine von fast allen zur Wahlabtheilung gehörenden Filialen gut besuchte Konferenz ab. Zunächst wurde beschlossen, im August d. J. ein Vergnügen zu veranstalten. Der ev. Ueberhaupt soll dem Unterstützungsfonds unserer Kasse zuliegen. Hierauf wurde in Anbetracht der bevorstehenden Generalversammlung unser Statut einer gründlichen Besprechung unterworfen. Zu § 3 wurde bemerkt, daß, weil es schon verschiedentlich vorgekommen, daß der Aufzunehmende nicht sein richtiges Alter angegeben hat und die Kasse dadurch geschädigt ist, es erforderlich sei, daß bei der Aufnahme ein amtliches Dokument (Invalidenkarte etc.) vorzulegen ist. Beschlossen wurde, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Hierauf entspann sich eine lange Debatte über § 10 Absatz 6. Allseitig wurde betont, daß in demselben auch heute noch für die Mitglieder eine große Härte und Ungerechtigkeit liegt. Der Abj. 6 besagt, daß ein Mitglied, wenn es für eine Krankheit ausgestellt ist, für dieselbe Krankheit niemals wieder Krankengeld beziehen kann, ganz gleich, ob das betreffende Mitglied 5 oder 10 Jahre wieder arbeitsfähig gewesen ist und an der Krankheit während der Zeit nicht wieder gelitten hat. Man bedenke, wenn die Krankheit 312 Tage gedauert hat, gibt es für dieselbe, wenn sie wiederkehrt, kein Geld mehr, hat sie aber nur 311 Tage gedauert, dann nimmt man an, daß sie, wenn sie in 2 Jahren nicht wieder auftritt, geheilt ist und es gibt wieder Krankengeld. Am Schlimmsten stehen sich die Mitglieder, welche im ersten Jahre ihres Beitritts das Unglück haben, einige Wochen krank zu werden, wir wollen annehmen sechs Wochen an Rheumatismus; haben sie nun weiter das Pech, nach nicht ganz 2 Jahren wieder 7 Wochen an Rheuma krank zu sein, so sind sie mit 13 Wochen ausgestellt, weil die letzte Krankheit zu der ersten gezählt wird und somit die Krankheit im ersten Jahre erfolgt ist. Ganz besonders ist noch zu berücksichtigen, daß bei der früheren Fassung des Abj. 6 noch manche Mitglieder für ausgestellt erklärt sind, die nach der jetzigen Fassung noch berechtigt wären, Krankengeld zu beziehen. Sie sind aber ausgestellt und haben, so lange sie der Kasse angehören, an den Folgen der damaligen unglücklichen Fassung zu leiden, wenn nicht die nächste Generalversammlung die Ungerechtigkeit aus der Welt schafft. Man wird zugeben, daß unser Statut hier einen wunden Punkt enthält, der unbedingt der Abhilfe bedarf. Wir werden deshalb zur Generalversammlung zu Abj. 6 folgenden Zusatz beantragen: „Jede ausgesetzte Krankheit gilt nach 2 Jahren als beendet, wenn das betreffende Mitglied wieder arbeitsfähig war.“ Man wird einwenden: Ja, was Ihr da wollt, ist ja sehr gut gemeint, aber das ist zu weitgehend, dabei würde unsere Kasse nicht lebensfähig sein. Diejem gegenüber geben wir zu bedenken, daß man, was wir fordern, in verschiedenen freien Hilfskassen hat, z. B. in der Central-Kranken- und Sterbefasse der Tischler. Was hier möglich ist, muß bei uns auch möglich sein. Wir werden ferner beantragen, daß der Absatz 7 im § 10 aus dem Statut von 1894, welcher besagt, daß durch Betriebsunfall erkrankte Mitglieder nur 13 Wochen Krankengeld erhalten, wieder in's Statut aufgenommen wird. Denn da wir ja doch die Unfallrente für uns in Anspruch nehmen und diese in fast allen Fällen das Krankengeld übersteigt, so verursachen wir den Bevollmächtigten nur unnütze Arbeit und den Mitgliedern macht man unnütze Hoffnung. Selbstredend muß dann der jetzige Abj. 7 wieder Absatz 8 werden. — Dieses sind die wichtigsten mit Einstimmigkeit angenommenen Beschlüsse der Konferenz.

Abrechnung

Des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern für das 4. Quartal 1897.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Einnahmen include '1. Okt. Kassenbestand laut letzter Abrechnung' (383 29), 'Zuschüsse' (18. Vom Vertrauensmann der Berliner Metall-Arbeiter 50, 18. Aus Rathenow 10, 17. Nob. Vom Vertr. d. B. M.-A. 200, 22. 300, 14. Dez. Von d. Ortsverb. Berlin 200, 1210), 'Auf Beitragsmarken und Agitationsfonds' (14. Nob. Aus Spremberg 8, 27. 80, 29. Dez. 40), 'Diverse Einnahmen' (16. Okt. Für Druckkosten aus Stettin zurück 2, 70, 18. Auf Formerkosten aus Frankfurt a. D. 26, 30, 14. Dez. Streifenmarken v. Gabron 7, 19. Von Haber zurückgestellt 10, 46), 'Ausgaben' (Druckkosten und Inzerate per Okt. 48, 15, 11. 36, 90, 12. 58, 50, 133 55, 14. Dez. 260, 75, 15. 149, 70, 16. 120, 580 50, 17. 23, 73, 18. 17, 77, 19. 11, 38, 52 88, 20. 42, 65, 21. 4, 05, 22. 20, 46 90, 23. 106, 24. 63, 25. 102, 75, 271 75), 'Diverse Ausgaben' (27. 10, 28. 20, 29. 4, 30. 50, 31. 1, 50, 32. 26, 30, 33. 9, 20, 88 60, 34. 511 41, 35. 1635 59).

Der Vertrauensmann: J. Hohrad.

Vorliegende Abrechnung geprüft und für richtig befunden. Kassenbestand und Marken sowie Belege gesehen. Die Revisoren: Hermann Hennig, Paul Dschow. Die Ortsverwaltungen werden erjucht, zu prüfen, ob die Eingänge für das 4. Quartal richtig angegeben sind, und etwaige Fehler an den Vertrauensmann baldigst zu melden. — Die Abrechnung ist durch Krankheit des Vertrauensmannes verspätet.

Gerichts-Zeitung.

Sind die Gewerkschaften Versicherungsanstalten im Sinne des Gesetzes? Dieser Frage scheinen Polizei und Gerichte neuerdings wieder näher treten zu wollen. In Halle wurde nämlich der Bevollmächtigte der dortigen Zahlstelle des Zimmererverbandes angeklagt, durch Gründung der Zahlstelle einer der polizeilichen Genehmigung unterliegenden Versicherungsanstalt in's Leben gerufen zu haben, ohne die fragliche Erlaubnis einzuholen. In der kürzlich stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht bestritt natürlich der Angeklagte, daß der Verband der Zimmerer eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes sei und wies darauf hin, daß der Verband nicht bloß in Halle, sondern in ganz Deutschland Zahlstellen habe, nirgends aber als eine Versicherungsanstalt angesehen werde. Bei Gewährungen von Gegenleistungen heiße es im Statut: Es kann an Mitglieder eine Reiseunterstützung gewährt werden und es kann für verbranntes Handwerkszeug Entschädigung gezahlt werden usw. Es stehe aber keinem Mitgliede ein klagbares Recht zu, wie aus dem Anhang zum Statut: „Alle Unterstüngen, welche der Verband gewährt, zum Beispiel Reise-, Streik-, Rechtschutz-Unterstützungen usw., sind freiwillig“, hervorgehe. Der Anwalt war aber der Meinung, daß der Verband eine Versicherungsanstalt darstelle und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 3 M eventuell einen Tag Haft. Die in's Statut aufgenommenen Klauseln bedeuten nur eine Umgehung des Gesetzes. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Slawf, behauptet das Gegenteil und erklärt, daß das angezogene Statut klar und deutlich sage, alle Unterstüngen seien freiwillig und würden vom Hauptvorstande beliebig reguliert. Der Verband sei im Sinne des Gesetzes keine Versicherungsanstalt: er sei weder identisch mit Krankenausstellungen oder sonstigen Anstalten. Wollte man solchen Verband als eine Versicherungsanstalt ansehen, so müßte man schließlich auch eine Armenunterstützungsanstalt wie ein Versicherungsinstitut behandeln. Es sei Freisprechung zu beantragen.

Der Gerichtshof erachtete aber den Verband als eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes und verurteilte den Angeklagten zu 5 M Geldstrafe eventuell einen Tag Haft. Er nahm an, daß die Beiträge keine freiwilligen sind und deshalb den Mitgliedern auch auf Grund des Statuts ein klagbares Recht zustehen bezüglich der Unterstüngen. — Gegen dieses Urtheil ist Berufung eingelegt worden.

Vermischtes.

Der Bund der Industriellen in Deutschland will bekanntlich den „frivolsten“ Ausständen der Arbeiter durch Sonderorganisationen, Arbeitsordnungen, Arbeitsnachweise, Arbeiterausschüsse, in denen Diakonen sitzen, aber nicht selbständig denkende Arbeiter, Einigungsämter und — last not least — durch die geplante Versicherung gegen bearbeitete Ausstände entgegenreten. Die „Soziale Praxis“, das ehemalige neutrale Organ auf dem Gebiete der sozialen Bestrebungen für die Arbeiter, springt den Herren bei und bringt eine Tabelle aus der Aufstellung der Generalkommission über die seit dem Jahre 1890 stattgefundenen Streiks, zu welcher es einleitend heißt: „In welchem Umfange die Arbeiter zu zwecklosen und sie dauernd schädigenden Ausständen gereizt worden sind, das ergibt eine von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aufgestellte Statistik.“ Aus der Aufstellung der Generalkommission entnehmen die „Soziale Praxis“, daß in den Jahren 1890 bis 1895 stattgefunden haben 723 Ausstände, 1896 allein dagegen 483. Von diesen Ausständen waren

Table with columns for 'erfolgreich' and 'erfolglos'. 1890-95: erfolgreich 266=36,8%, erfolglos 261=36,1%. 1896: erfolgreich 122=26,5%, erfolglos 106=23,0%.

An Unterstüngen sind gezahlt worden 1890-1895 M 3 130 089 an 72 274 Personen, 1896 allein M 3 042 950 an 128 808 Personen. Die 483 Ausstände im Jahre 1896 haben eine Gesamtdauer von 1923 Wochen erreicht, mithin hat jeder dabei beteiligte Arbeiter durchschnittlich volle 4 Wochen Arbeitslohn verloren. Nimmt man den Durchschnittsverdienst des Arbeiters in der Woche auf M 18 an, so würde sich ein Verlust von M 9 274 176 an Arbeitslohn ergeben. Hierzu kämen noch die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstüngen mit M 3 042 950, ferner die Lohnverluste derjenigen Arbeiter, die nach Beendigung des Ausstandes nicht wieder eingestellt werden konnten. Diese Summen lassen andererseits ermessen, welche ungeheuren Verluste die Arbeiter durch unbedingte Ausstände erlitten haben müssen.

Fehlt nur noch das Gejammer über den Verlust, der dem „Nationalvermögen“ zu Theil wurde, der für gewöhnlich obigen Verlusten der Arbeiter und Unternehmer angefügt wird. — Wie aus Obigem hervorgeht, sind in vergangenen Jahre über die Hälfte, und wenn die mit theilweisem Erfolg hinzugerechnet werden, sogar Zweidrittel aller Streiks mehr oder minder erfolgreich für die Arbeiter verlaufen. Außerdem sind die Erfolge nicht nur in den höheren Löhnen zu erkennen, vielmehr in einer kürzeren Arbeitszeit, Beseitigung der Uffordarbeit, oder in ähnlichen günstigeren Arbeitsbedingungen, die erst im Laufe der Zeit eine Erhöhung des Verdienstes im Gefolge haben. Und genau zugehen: wer trägt denn die Schuld an den Verlusten, die die Arbeiter dabei erleiden? Doch die Unternehmer selbst, die sich weigern, ihren Arbeitern bei einer günstigeren Konjunktur einen etwas breiteren Platz am reichlich besetzten Tische einzunehmen zu lassen, was heißt ihnen bessere Arbeitsbedingungen freiwillig zu gewähren. Erst durch eine Ermüdung müssen sie es sich erkämpfen. Aus dem Grunde ist das Gejammer über die Geldverluste eitel Heuchelei.

Der Arbeitsmarkt im Januar zeigte im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des Vorjahres wieder ein günstiges Gepräge. Nach den in der Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlichten Situationsberichten über die Lage des Arbeitsmarktes im Schuhgewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie und in verschiedenen Gewerkszweigen Berlins lassen sich zwar scharf bemerkbare Symptome eines Niederganges der allgemeinen Geschäftskonjunktur und ihr nachtheiliger Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes nicht bestreiten, doch sprechen wieder andere Wahrnehmungen, so in der Textilindustrie und theilweise auch im Schuhgewerbe für eine augenblickliche Besserung. Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverwaltungen bewarben sich um 100 offene Stellen im Januar 156,2 Arbeitsuchende gegen 160 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Es bewarben sich im Januar 1898 31 030 Arbeitsuchende um 19 872 offene Stellen, im Vorjahre 27 859 um 17 340. Von 61 Berichten, die bei der genannten Zeitschrift eingingen, zeigen 50 vergleichbare Daten. Von diesen weisen im Vergleich zum Januar vorigen Jahres 25 eine Abnahme und nur 22 (+ 3 ausländischen) eine Zunahme des Andranges auf. Gegen den Vormonat jedoch hat sich (wie alljährlich) im Januar die Lage des Arbeitsmarktes etwas ungünstiger gestaltet. Auf 100 ausgebotene Stellen kamen im Dezember 151,2, im Januar dagegen 156,2 Arbeitsuchende.

Abnahme: Kiel, Halle a. S., Dessau, Gera, Hannover, Osnabrück, Münster, Düsseldorf, M.-Gladbach, Aachen, Kreuznach, Darmstadt, Heidelberg, Schopfheim, Offenburg, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Kempten, Ludwigshafen, Balingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg.

Zunahme: Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Rixdorf, Queblinburg, Erfurt, Elberfeld, Essen, Köln, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Gießen, Worms, Kaiserslautern, Pahr, Freiburg, Karlsruhe, Neutlingen, Fürt, Augsburg, München. — (Wien, Brunn, Bern.)

Was ist die gewerkschaftliche Organisation? Diese Frage beantwortet Professor Höpding in Kopenhagen wie folgt: „Erst durch sie ist die bürgerliche Selbständigkeit der Arbeiter anerkannt, und für den Einzelnen ist die Erziehung durch die Organisation von großer Bedeutung dadurch, daß sie sein Pflichtgefühl, seine Tüchtigkeit und seine Zusammengehörigkeit mit Anderen entwickelt. Es wird sozusagen eine ethische Sphäre um ihn gebildet; es entsteht eine große Familie, als deren Glied er sich fühlt. Er lernt seine eigenen Interessen den gemeinschaftlichen unterordnen. Er fühlt sich solidarisch mit seinen Fachgenossen und — durch die Verbände verschiedener Fachvereine — mit anderen Arbeitern, ja mit den Arbeitern anderer Länder. Sein Horizont erweitert sich; er bekommt die Fähigkeit, sich größere Ziele zu stellen, und er wächse durch das Verhältnis zu diesen größeren Zielen. Und er bekommt durch die gemeinschaftlichen Erfahrungen und den Ueberblick über die Handels- und Fabrikverhältnisse, die die Politik der Fachvereine bestimmen, eine klarere Auffassung von der Stellung der Arbeiter zu den anderen Gesellschaftsklassen. Er lernt so wohl seine Rechte als seine Pflichten als Glied des Geschlechtes besser kennen. Es ist, kurz gesagt, eine Erziehung vom Egoismus zur Sympathie, von blinder Hochheit zu klarsehender Kraft, vom Kampf zur friedlichen Verhandlung.“

die sich hier vollzieht. Es gibt keine bessere Antwort für diejenigen, welche unsere Zeit als die einer bloßen Auf- lösung betrachten, als sie auf die Gesellschaftsbildung und die ethische Entwicklung hinzuweisen, die hier vor sich geht. Das Gemeingefühl wird entwickelt durch Zusammenleben und Zusammenwirken, durch gemeinsames Schicksal und gemeinsame Arbeit."

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Aachen. Samstag, 19. Februar, Abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Schillings, Bergstr. 25. Lokale Arbeitslosenunterstützung, Ortskrankenkasse.

Ayda. Sonnabend, 19. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im "Vorwärts".

Zalen. Samstag, 26. Febr., Abds. 8 Uhr, im "Hirsch".

Berlin. Montag, 21. Febr., Abds. 8 Uhr, bei Metten, Friedrichstr. 236, beschließende Versammlung. Regelung der Agitation für die Provinzen Brandenburg und Pommern. Bestätigung der vorgeschlagenen Beisitzer. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Berlin. Bezirksversammlungen. Dienstag, den 22. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21, für den Osten. — Mittwoch, 23. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in den "Arminhallen", Kommandantenstr. 20, für den Süden und Zentrum.

Berlin. Sonnabend, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr. Vertrauensmännerkonferenz für den Osten, bei Wiedemann, Friedenstr. 67.

Deitsch. Sonntag, 20. Febr., Nachm. 4 Uhr, in G. Fröde's Gasthaus. — Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. statt.

Dessau. Samstag, 26. Februar. Die Bedeutung der Preise.

Duisburg. Sonnabend, 19. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei H. Rüpper, Klosterstr. 11.

Durlach. Samstag, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der "Festhalle". Vortrag: Streifenlauf des Grafen Poyadomsky.

Düsseldorf. (Allg.) Samstag, 19. Febr., Abds. 8 Uhr. Vortrag des Kollegen Götthausen über: Unfallversicherungsgesetz. Anträge zur diesjährigen Konferenz. — Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab die Bezirkskassiere die Beiträge in den Wohnungen abholen. Die Kollegen von Rath können ihre Beiträge bei Friedr. Geyer, Rath 88, entrichten, und ihre Zeitung in Empfang nehmen.

Eilenach. Freitag, 18. Februar, Abends 9 Uhr, im "Fröhlichen Mann".

Fischerwalde. Sonnabend, 26. Februar, Abds. halb 9 Uhr, im "Deutschen Haus".

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 19. Februar, Abds. 9 Uhr, im "Grünen Wald", Merseburgerstr. 26b, im Hof rechts. Vortrag. Wahl eines Revisors.

Görlitz. Montag, 26. Febr., Abds. 8 Uhr, im "Felsenkeller", Sonnenstr. 51.

Hamburg. (Sektion der Werftarbeiter.) Montag, den 21. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Lütze, Valentinskamp.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 26. Februar, Abds. halb 9 Uhr, im "Ballhof".

Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 19. Febr., bei Kuntze, Marktstr. 59. — Die Versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage statt.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Straßner, Langestr. 2.

Harburg. Sonnabend, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Lützenhop.

Hildesheim. Am 19. Febr., Abds. 9 Uhr, im Aug. Wolf'schen Lokale, Ammenstr. Experimentavortrag über Elektrizität.

Hoff a. M. Mittwoch, 23. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der "Hojenau".

Karlsruhe. (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den 19. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalubach. Bericht über die Tätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer.

Karlsruhe. (Sektion der Banischlosser.) Sonntag, 27. Febr., Vorm. 10 Uhr, in der "Fortuna".

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 19. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der "Eiche".

Krefeld. Samstag, 26. Febr., Abds. 9 Uhr, im Café Hebed, Dornwall. Vortrag: Die Verkürzung der Arbeitszeit. Deriliche Agitation.

Lübeck. (Sektion der Klempner.) Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, Abds. halb 9 Uhr, bei Herru Deck, Leberstr. 3.

Merseburg. Sonnabend, 19. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im "Saaleschloßchen". Vortrag. Referent: Kollege Leber-Sera.

Mennighausen. Sonnabend, 26. Febr., Abds. 8 Uhr, bei Hoff in Balingdorf.

Neuwied a. Rh. Vom 25. Februar ab findet alle 14 Tage Abds. halb 9 Uhr, Versammlung statt.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. d. B.) Samstag, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im "Wilden Mann" in Köhler's. Vortrag.

Pforzheim. Sonnabend, 19. Febr., Abds. 8 Uhr, im "Gold. Löwe". Vortrag. Kartellbericht.

Pirna. Montag, 14. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im "Carolobad". Vorschläge zur Bevollmächtigtentwahl. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Rathenow. (Sektion der opt. Glasarbeiter.) Sonnabend, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Reichardt, Jägerstr. 14.

Rathenow. (Sektion der Brillen- und Pinzenmacher.) Sonnabend, 26. Februar, Abends halb 9 Uhr, bei E. Engel, Jägerstr.

Regensburg. Sonntag, 27. Febr., Vorm. halb 10 Uhr, im "Ritter".

Reuscheid. Samstag, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Schuppendorf. Deriliche Agitation. Abhaltung von Wanderversammlungen. — Die Kollegen werden aufgefordert, ihre Adresse beim Bevollmächtigten abzugeben, betr. Zeitungszustellung.

Stettin-Zentrum. Sonnabend, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Buhrom, Rosengarten 61.

Strasbourg i. E. Samstag, 26. Febr., Abds. 8 Uhr, bei Vogel. Vortrag. Bibliothek. Kartell.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 19. Febr., im "Hirsch". Vortrag.

Stuttgart. (Sekt. der Feinmechaniker, Elektriker u.) Samstag, 26. Febr., Abds. 8 Uhr, im Lokal, Heutstr. 9.

Weissenburg a. S. Das Lokal der hiesigen Metallarbeiter befindet sich im Gasthaus zum "Grauen Bock".

Witten. Sonntag, 6. März, Nachm. halb 4 Uhr, bei H. Böhler, Berg-Markt. Bahn. Geschäftliches. Wahl eines Bevollmächtigten.

Berlin. Achtung! Kollegen, hierdurch geben wir die Adressen der neugewählten Ortsverwaltung bekannt und bitten, das Nachfolgende zu beachten. Die Ortsverwaltung besteht aus den Kollegen:

- Paul Litfin, Bevollmächtigter,
- Fedor Sigrift, Stellvertreter,
- Reinhold Pösgold,endant,
- Emil Stalky, Schriftführer,
- Wilh. Freithaler,
- Paul Runa und
- Friedrich Götsch, Revisoren.

Das Bureau des Verbandes befindet sich Berlin S., Annenstraße 39, partiers.

Alle Anfragen, Mitteilungen in Bezug auf Versammlungen, Differenzen u., sowie Anfragen, Mitteilungen der Kollegen außerhalb Berlins sind an Paul Litfin, Berlin, S., Ammenstr. 39, alle Anfragen, Mitteilungen, Reklamationen in Bezug auf die Liste der Vertrauenspersonen, den Verkauf der Laufzettel zu Versammlungen und die Expedition der "Metallarbeiter-Zeitung" für Berlin und Umgegend an Fedor Sigrift, Berlin S., Ammenstr. 39, alle Anfragen, Mitteilungen in Bezug auf die Kassengeschäfte, Ausgabe und Entgegennahme von Verbandsmaterial, Ausstellung von Geschäftsbüchern, Regelung der Geschäfte in den Zahlstellen, sowie alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind an Reinhold Pösgold, Berlin S., Ammenstr. 39, zu richten.

Beschwerden über die Geschäftsführung wollen man gütigst an die Revisorin zu Händen des Kollegen Wilh. Freithaler, Berlin N., Gartenplatz 1, gelangen lassen.

Die Ortsverwaltung.

Berlin. Sonnabend, 12. März, im "Rösliner Hof", Köhlmerstr. 8, großes Lokal- und Instrumentalkonzert. Nach demselben großer Ball. Billet 25 J. Anfang halb 9 Uhr. Alles Nähere kriegt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt.

Beruburg. Sonnabend, 26. Febr., Abds. 8 Uhr, im "Thüringer Hof", Kränzchen.

Bielitz (Mähren). Die deutschen Brudervereine werden vor dem Metallarbeiter-Feinrich Fuchs aus Bielitz gewarnt, da er unterzeichneten Verein um Geldbeträge georrellt hat.

Verein der Eisen-, Metall- u. d. Mitarbeiter Schleifens und Galziers in Bielitz.

Hildesheim. Sonntag, 20. Febr. Stiftungsfest.

Karlsruhe. (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den 26. Febr., Abds. 8 Uhr, Winterfest in den "Reichshallen". Karten à 30 J sind bei den Bevollmächtigten zu haben.

Krefeld. Die Adresse des Kassiers ist: Bernh. Rose, Thurnstr. 1. — Die Herberge ist in der Restauration Hagenbuch, Neuserstr. 45.

Meuselwitz. Das Mitglied Hermann Kriegel, geb. zu Neu-Huppin am 18. Sept. 1873, B.-Nr. 148 643, eingetr. am 16. Dez. 1897 in Meuselwitz, ist unter Mithnahme eines Bibliothekbuchs und eines Ueberziehers seines Schlafkollegen abgereist.

Neuwied. Adressen: Guir. Jäger, Engerle Chauffee 18, Bevollmächtigter; Karl Zener, Mittelstraße 71, Kassier.

Oberursel. Wir erjuchen diejenigen Kollegen, welche von hier abgereist sind und noch Bücher aus der Bibliothek der hiesigen Verwaltungsstelle besitzen, sie unverzüglich nach hier abzuliefern, widrigenfalls wir die Namen derselben veröffentlicht.

Pforzheim. Die Verbandszeitung wird seit 1. Februar durch die hiesige Stadtpost besorgt und haben wir mit derselben Vereinbarung getroffen, daß, wenn die Mitglieder ihre Wohnung wechseln, dieses nur auf einem Zettel bemerkt und derselbe in einen Briefkasten der Stadtpost geworfen zu werden braucht. — Gleichzeitig bringen wir unseren Mitgliedern unsere Zentralherberge und Verkehrslokal zum "Gold. Löwe" in empfehlende Erinnerung und erjuchen, dieselbe nach Kräften zu unterstützen.

Regensburg. Dienstag, 22. Febr., Nachm., Fastnachtsunterhaltung.

Stettin-Zentr. Sonnabend, 5. März, Abds. 8 Uhr, Winterbergungen im "Viktoriengarten" bei Hrn. Wahler.

Stettin, Stettin-Zentr., Dresden und Grabow. Unsere Bibliothek ist jeden Dienstag, Abds. von 8 bis halb 10 Uhr ("Hotel zum Stern"), Langestr. 28, geöffnet.

Strasbourg i. El. Herjefeld und Herberge Alte Dorfstraße 1.

Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 19. Febr., Abds. 8 Uhr, im "Hirsch" (oberer Saal) Fastnachtskränzchen. Eintrittspreis 50 J, organisierte Schmiede 20 J.

Ulm. Unser Lokal ist nun im Gasthaus zum "Weißen Kopf". Dieses Gasthaus wurde von den vereinigten Gewerkschaften als Vereinslokal und Zentralherberge angekauft. Dasselbst wird Abends von 8-9 Uhr das Herjefeld ausbezahlt. — Adresse des Bevollmächtigten: M. Winterolf, Schlosser, Neu-Ulm, Schützenstr. 5; des Kassiers H. Neptkowitz.

Gestorben.

In Grogshönan die Auslegerin Frau Emma Schubert durch Grippe, 27 Jahre alt. — Am 4. Februar in Oberursel i. A. der Senfenschmied Josef Beer, 52 Jahre alt, an Typhus.

Öffentliche Versammlungen.

Dresden. Sonntag, 20. Febr., Nachm. 8 Uhr, im Bredower "Schützenhaus" öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für Grabow und Bredow. Vortrag. Be-

richterstattung vom Gewerkschaftskartell. Neuwahl zu demselben.

Dresden. Sonntag, 20. Febr., Vorm. halb 11 Uhr, öffentliche Versammlung im "Trionon". Die Agitation der Metallarbeiter in Dresden u. ihre Erfolge im letzten Jahre. Wahl eines örtlichen Vertrauensmannes. Antrag betr. Verhättnisdelegierte. Gewerkschaftliches.

Hildesheim. Am 6. März, Nachm. halb 4 Uhr, im Aug. Wolf'schen Lokale, Ammenstr., große öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referat über Organisation der Unternehmer und Arbeiter.

Hünzburg. Montag, 21. Febr., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege Behle-Hannover.

Osnabrück. Sonntag, 20. Februar, Nachm. 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag. Referent: Kollege Behle-Hannover.

Ulm. Sonnabend, 19. Febr., öffentliche Metallarbeiterversammlung. Ref.: Kollege Behle-Hannover.

Wiesbaden. Samstag, 26. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im "Schwalbacher Hof" öffentliche Schlosser- und Spengler-Versammlung. Die bevorstehende Lohnbewegung.

Privat-Anzeigen.

Ein tüchtiger Feilenhauer sofort gesucht von
68] **Wilh. Köhler**, D. Hebdt, Bez. Düsseldorf.

Tüchtiger **Meißler** für eine Feilenfabrik gesucht bei hohem Gehalt per sofort oder 1. März. Offerte unter "Meißler" an die Exped. 67]

Ein tüchtiger **Feilenhauergeselle** auf größere Arbeit wird dauernd gesucht.

Herrn. Schäfer, Feilenhauerstr., Großenhain.

Drei tüchtige Mittel-Bastardhauer werden vom **Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter für Bielefeld u. Umg.** gesucht. — Der Arbeitsnachweis befindet sich bei F. Bunte, Heeperstr. 48. 65]

Tüchtiger Feilenhauer gesucht von **Wilh. Grobler**, Feilenhauerei u. Dampfschleiferei, Neumünster i. S. 63]

Einem tüchtigen **Zinngießer** ist Gelegenheit geboten unter sehr vorteilhaften Bedingungen ein Glas- und Porzellangehäst in Bamberg zu übernehmen. Offerte an **H. Alexander** in Bamberg. 62]

Eine vorzüglich eingerichtete **Feilenhauerei** mit großer fester Kundschast in alten und neuen Feilen, in großer, norddeutscher Industriekadt, ist anderer Unternehmen halber unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Erforderliches Baarkapital 10 000 M. Off. sub J. J. 7639 an die Exped. ds. Bl. erbeten. 61]

Empfehle:

Support- und Reithaberechnungen M 1,30, Gewindeberechnungen 1,35, Vortrag 30 J, Räder- skala 15 J. Spähe Gewindefehre 90 J. Flach- Gewindefehre M 1,60. Messingabgaben für Supportmaß 50 J. Prospekt franko. **Altfestige Anerkennungen!** Verjandt gegen Baar oder Nachnahme. **Vertreter gesucht.** 64]

Aug. Loss, Siebentstein-Halle a. S.

Einem tüchtigen **Feilenhauergesellen** auf große Arbeit sucht bei gutem Lohn

Herrn. Baumgart, Guben, N.-L. Reisegeld wird vergütet. 48]

Tücht. Feilenhauer auf Schlicht- und Bastardfeilen suchen für dauernde Arbeit

H. Wildschütz & Co., Düsseldorf, Gneisenaustr. 17. 38]

Tüchtige Feilenhauer, welche alle Sorten hauen können, finden dauernde Beschäftigung bei gutem Akford. — Reise wird vergütet. **J. Schmidt**, Feilenhauerei, Bällingen. 70]

Vereinsfahnen, Banner und Standarten.

Fahnenbänder, Pathenbänder, Erinnerungsbänder, Widmungs- bänder, Bildbänder, Kranzschleifen auf Moiré, Nips-, Falke-, Atlas-Stoff. Man verlange Preislistent und Abbildung.

Vereinsabzeichen.

Bereinsmitglieds-, Vorstand-, Fest-, Ehren- und Komitee- zeichen in Schleifen oder Rosettenform in ein, zwei oder drei Farben mit Druck.

Vereinsnadeln aus gepreßtem Metall, verfilbert und vergolde. Sende auf Wunsch Muster.

Trauerschleifen an Fahnen aus Flore, Krepp, Grenadine, Tüll u.

Trauerschärpen für Vereine einfach und auch mit Silber gestift.

Schnelle Bedienung. Billigste Preise.

Gold-, Silber- und Seidenfädereigejchäst, Marg. Grillenberger Wwe., Nürnberg, mittlere Pirckheimerstr. 29. 69]

Vereinigung bringt Nutzen!

Die anerkannt guten, echten **Hamburger Lederhosen** mittelgrau oder dunkler berjendet nach jedem Orte franko gegen Nachnahme wie folgt:

Nr. I extra prima:	Nr. II prima:
1 Soje . . . M 9,50	1 Soje . . . M 7,00
2 Sojen . . . 16,00	2 Sojen . . . 13,00
3 . . . 23,50	3 . . . 19,00
4 . . . 30,00	4 . . . 25,00

Stärkste und sauberste Bearbeitung! Schrittlänge bitte stets in Centimetern anzugeben.

S. Elias, Bernburg, Verbands-Geschäst.